



Niederschrift

16. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Oktober 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1 der Tagesordnung: Haushaltsreden des Gemeinderates zum Haushalt 2021

Beschluss:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1 auf:

Wir kommen jetzt zum zweiten Schritt unserer Haushaltsberatungen. Nach den Haushaltsreden des Oberbürgermeisters und der Ersten Bürgermeisterin beziehungsweise Finanzbürgermeisterin kommen wir damit zu den Haushaltsreden des Gemeinderates. Wir haben Redezeiten entsprechend der Sitzverteilung hier im Gemeinderat vorgesehen und steigen jetzt mit der größten Fraktion hier im Haus ein.

Stadträtin Mayer (GRÜNE) vom Rednerpult: Einsteigen möchte ich in diese Rede mit unserer Kernbotschaft für den anstehenden Haushalt: Wir haben grüne Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Machen wir das Beste aus dem Geld, was uns 2021 noch zur Verfügung stehen wird! Was sind das für Herausforderungen? Seit vielen Jahren prognostizieren uns die Zahlen, dass durch die Erwärmung des Klimas gewaltige – und kostenträchtige – Konsequenzen auf uns zukommen werden. Wir müssen heute unserer Verantwortung für den Klimaschutz nachkommen. Die Kompensationen einer drastischen Klimaerwärmung wären künftig um ein Vielfaches teurer. Zusätzlich ist schon lange abzusehen, dass der Straßenbahntunnel in der Innenstadt gewaltige Folgekosten mit sich bringen wird. Auch dem müssen wir uns stellen.

Obwohl dies belegbare Prognosen waren, haben bislang viele gehofft, dass „der Kelch“ an Karlsruhe doch irgendwie vorübergehen würde – und bislang wirkten sich beide Risiken ja auch noch nicht konkret bezifferbar aus. Das ändert sich jetzt. Karlsruhe ist nun in der Situation, dass bei unserem jährlichen Budget von knapp 1,7 Mrd. Euro gleichzeitig 40 bis 50 Mio. Euro zusätzliche Mittel für unser Klimaschutzkonzept nötig sind und wir künftig über 40 Mio. Euro jährlich an Folgekosten für Bau und Betrieb des Straßenbahntunnels finanzieren müssen. Beide Beträge müssen wir in die Hand nehmen. Der Klimaschutz ist dabei für uns nicht verhandelbar. Und dies

zu einer Zeit, in der unserer Einnahmen bedingt durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie deutlich sinken. Gleichzeitig steigen unsere Ausgaben durch die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. Kurz gesagt: Wir haben künftig laufend ca. 80 Mio. Euro weniger Geld zur Verfügung.

Nun hat uns die aktuelle Corona-Pandemie gezeigt, wie schnell sich buchstäblich alles verändern kann. Gut geplante Wirtschaftspläne sind plötzlich dahin. In einer Krise zeigt sich jedoch auch, welche großen Beträge aktiviert oder umgeschichtet werden können, wenn sich alle – oder doch die allermeisten – einig sind. Wir wollen diesen Herausforderungen daher mit Vorschlägen begegnen, die unserer globalen Verantwortung für das Klima, unserer Verantwortung für unsere natürlichen Lebensgrundlagen und unserer kommunalen Verantwortung für die Menschen vor Ort gerecht werden.

Als Vertreterin einer jungen Generation ist mir besonders wichtig, dass wir die Chance nutzen, um uns zu besinnen welche Folgen große Prestigeprojekte wie die Kombilösung für kommende Generationen haben. Nicht mehr viele der damaligen Gemeinderät*innen sitzen heute noch im Rat. Wir Jüngeren müssen heute mit den Folgen umgehen. Doch das sollte uns auch motivieren die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Wir werden ganz besonders darauf achten, dass wir den nach uns kommenden Generationen nicht ebenfalls ihre Handlungsfähigkeit nehmen, mit Schulden, Großprojekten und Fehlinvestitionen.

Seit vielen Jahren wissen wir, dass eine Erwärmung des globalen Klimas im Gang ist. Seit einigen Jahren erleben wir, wie sich nun auch in unserer Region das lokale Klima verändert und belastender wird: Hitzewellen, Dürren, Unwetter, extreme Wasserstände der kleinen und großen Gewässer. Die Folgen der Klimakrise betreffen nicht nur ferne Länder, sondern auch uns ganz konkret hier vor Ort. Schon 2008 hat die Stadt Karlsruhe einen ersten Bericht "Anpassung an den Klimawandel in Karlsruhe" veröffentlicht, der darauf hinweist, dass Karlsruhe nach Prognosen wohl die vom Temperaturanstieg am stärksten betroffene Stadt in Deutschland sein wird. Schon heute spüren wir die ersten Folgen. Neben Investitionen in den Klimaschutz – also die Prävention vor der Klimakrise – wollen wir darum auch in die Klimaanpassung unserer Stadt investieren.

Der Haushalt, wie er uns heute vorliegt, zeigt einen klaren Paradigmenwechsel auf. Der Klimaschutz wird ernst genommen und Geld wird bereitgestellt. In diesem Jahr planen wir noch nicht mit dem vollen Budget von 40 bis 50 Mio. Euro, wie es nach dem Klimaschutzkonzept nötig wäre, da wir Planungskapazitäten und Prozesse erst hochfahren müssen. Insgesamt stehen in diesem Jahr aber schon 17,3 Mio. Euro an zusätzlichen Maßnahmen für Klimaschutz zur Verfügung; weitere gut 2 Mio. Euro sind in verschiedenen Teilhaushalten bereits bisher dafür vorgesehen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Thema in der Verwaltung und bei einer sehr breiten Mehrheit in diesem Gremium angekommen ist. Viele besorgte Menschen, vor allem junge Menschen, haben sich mit uns aktiv für diesen Sinneswandel eingesetzt. Wir danken allen daran Beteiligten für das breite gesellschaftliche Engagement für den Klimaschutz!

Im Haushalt ist die Finanzierung für viele wichtige Punkte aus dem Klimaschutzkonzept vorgesehen. Dennoch sehen wir weiteres Potenzial für Maßnahmen, die heute schon dringend auf den Weg gebracht werden müssen. Nur so können wir uns die Chance bewahren, unsere notwendigen Einsparziele zu erreichen. Wir brauchen mehr Investitionen in die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und Geld für eine Solaroffensive mit Photovoltaik auf städtischen Dächern

– und davon gibt es einige. Beide Maßnahmen führen in naher und mittlerer Zukunft zu Einsparwirkungen und werden künftige Haushalte damit finanziell entlasten.

Auch sehen wir dringenden Handlungsbedarf, die Elektromobilität in Karlsruhe voranzubringen und beantragen, dass die Stadtwerke einen Zuschuss erhalten, um zehn weitere Ladesäulen für E-Autos im öffentlichen Raum zu erstellen. Dort – wie bei den bereits bestehenden Anlagen – muss der Betrieb weiter verbessert werden, so dass die entsprechenden Parkplätze für E-Fahrzeuge während der Ladevorgänge freigehalten werden.

Wenn wir nicht investieren – sei es in Gebäude, Infrastruktur oder Bildung – dann wird das unserer Stadtgesellschaft in den kommenden Jahren auf die Füße fallen. Wir machen dann zwar offiziell keine Schulden, es entstehen jedoch versteckte Schulden, indem wir unseren Bestand verkommen lassen und notwendige Erneuerungen verschieben. Derzeit besteht bereits ein Investitionsstau von 2,5 Mrd. Euro bei städtischen Gebäuden. Ein Auslassen von Investitionen würde damit zu einer Generationenungerechtigkeit führen, die für uns nicht in Frage kommt. Zusätzlich bedeutet gerade eine zügige Sanierung von Schulen oder städtischen Verwaltungsgebäuden eines der größten Potenziale für die Energiewende in Karlsruhe und wir schaffen wir damit für die Schüler*innen ein gutes Lernumfeld und für die Beschäftigten der Stadt ein gutes und modernes Arbeitsumfeld.

Für Planung und Umsetzung solcher Maßnahmen sind weitere Stellenschaffungen im Bereich des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft nötig. Mit diesen neuen Mitarbeiter*innen wollen wir daher die Sanierung von weiteren Objekten bereits im Jahr 2021 beginnen und diese nicht auf 2022 oder noch später verschieben. Wir setzen uns besonders für ein Vorziehen solcher Projekte ein, die entweder energetisch besonders wirksam sind, bei Verschiebung zu deutlich höheren Kosten führen würden oder dringende soziale Entlastungen im Betrieb bedeuten.

Wir sind uns dessen bewusst und möchten an dieser Stelle nochmal darauf hinweisen: Wir wissen, dass wir allein mit unserem städtischen Budget die Klimaneutralität für Karlsruhe nicht erreichen können – auf jeden Fall nicht so schnell, wie es nach den Pariser Klimazielen notwendig wäre. Darauf wird bereits im Klimaschutzkonzept unserer Stadt hingewiesen und das gehört zur Wahrheit bezüglich der Finanzkraft einer Kommune einfach dazu. Wir benötigen dafür den gesetzgeberischen Rahmen der Bundesregierung. Als Stadt sind wir eingeschränkt in der Möglichkeit von Einnahmesteigerungen. Auch Gesetze können wir nicht machen. Was wir aber machen können, ist, in diesem Rahmen nochmal einen dringenden Appell an das Land und vor allem an den Bund und Europa zu senden, dass wir hier Unterstützung brauchen. Ohne die Umverteilungswirkungen, die beispielsweise eine sozial-gerechte CO₂-Abgabe in der richtigen Höhe schaffen könnte, wird eine richtige Klimatrendwende in Deutschland und hier in Karlsruhe nicht umsetzbar sein.

Im Verkehrsbereich setzen wir die gleichen Schwerpunkte wie in früheren Jahren, nur ist eine Verkehrswende angesichts der Klimakrise noch dringender geworden: Die Förderung des Umweltverbunds aus Zu-Fuß-Gehen, Radfahren und öffentlichem Verkehr liegt uns besonders am Herzen. Wieder möchten wir die Mittel für den Bau von Radverkehrsanlagen erhöhen und zusätzliche Personalstellen für Planung und Bau von Fußwegen und Radrouten bereitstellen. Der Fuß- und Radverkehr hat Corona-bedingt zuletzt schon spürbar zugelegt, aber die Platzverteilung im öffentlichen Raum ist immer noch zu sehr auf den Autoverkehr, sei er fahrend oder stehend, ausgerichtet. Wir diskutieren aktuell noch eine Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes

und erstmalig ein Fußverkehrskonzept. Wenn dieses beschlossen wird, wollen wir dafür auch die finanziellen Mittel bereitstellen, und die Prioritäten in den zuständigen Ämtern müssen sich ganz klar ändern. Hier wird es bei zukünftigen Haushaltsberatungen zu Umschichtungen kommen müssen.

Im Budget für das Klimaschutzkonzept ist die erfolgreiche Lastenradförderung wieder enthalten und es werden mehr Mittel für sichere Radabstellanlagen bereitgestellt. Obwohl Karlsruhe "süddeutsche Fahrradhauptstadt" ist, sind diese gerade in der Innenstadt immer noch in viel zu geringer Anzahl vorhanden. Außerdem beantragen wir Mittel für die Ausweitung und zahlenmäßige Aufstockung der Leihfahrräder, wie von uns als Gemeinderat beschlossen.

Beim öffentlichen Verkehr wenden wir uns weiterhin gegen Einsparmaßnahmen; denn diese Daseinsfürsorge darf nicht verringert werden. Für regelmäßige Fahrgäste werden im Jahr 2021 durch entfernungsabhängige Ticket-Preise die Kurzstrecken vergünstigt und Ungerechtigkeiten durch Wabengrenzen beseitigt. Im kommenden Jahr müssen wir in der Politik und mit der Stadtgesellschaft auch über eine Nahverkehrsabgabe oder eine City-Maut diskutieren, um zügig ein Modell für Karlsruhe zu etablieren, sobald der Gesetzgeber es uns erlaubt.

Außerhalb des Haushaltsplans werden wir uns demnächst auch wieder um den Flugverkehr am Baden Airport kümmern müssen. Flugverkehr erzeugt vergleichsweise so viel CO₂, dass ein solcher Regionalflyhafen im Dreieck der Großflughäfen Frankfurt, Stuttgart und Basel immer weniger zu vertreten ist.

Wir haben erlebt, dass der Stellenwert und die Wertschätzung für die Natur in der Zeit des Lockdowns deutlich gestiegen sind. In dieser Zeit der extremen Einschränkungen hat der Aufenthalt in unseren Naherholungsgebieten zur psychischen Entspannung der Bürger*innen und zur Gesundheit der Bürger*innen beigetragen. Angesichts des dramatischen Rückgangs der Artenvielfalt, vor allem der Insekten, sehen wir einen hohen Handlungsbedarf für Qualitätsverbesserungen in allen Schutzgebieten, Grünflächen und Wäldern. Wir stärken damit gleichzeitig die Schönheit der Natur, ihren Erholungswert und die Klimaanpassung. Der von der GRÜNE-Fraktion vor drei Jahren beantragte Masterplan für Biodiversität wird Anfang 2021 endlich fertiggestellt sein. Er wird beinhalten, dass Grünflächen seltener gemäht und mehr Wildnis gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vernetzung aller Schutzgebiete und Grünflächen zu einem flächendeckenden Biotopverbundsystem dadurch beschleunigt werden. Das beinhaltet auch, dass Pocket-Parks gefördert und Verkehrsgrünflächen bienenfreundlich bepflanzt werden und hierfür finanzielle Mittel bereitstehen.

Die Zunahme der klimabedingten extremen Hitze- und Trockenperioden setzt auch die Stadtbäume unter Stress. Die Anzahl der Bäume, die jedes Jahr absterben und ersetzt werden müssen, steigt deutlich an. Auf unsere Initiative für eine Waldwende hat die Stadtverwaltung das Konzept zur Klimaanpassung des Karlsruher Stadtwalds vorgelegt. Der Umgang mit den klimabedingten Waldschäden, Baumpflege und Kontrolle erfordert einen sehr viel höheren Aufwand als bisher. Wir setzen uns deshalb in einem ersten Schritt für eine zusätzliche Stelle für das Forstamt im Haushalt 2021 ein. Wo immer möglich, sollen Baumgruppen statt Einzelbäume gepflanzt werden. Das gilt auch für Stadtteilparks. Wir begrüßen dazu das neue Gießregime, bei dem die frisch gepflanzten Jungbäume fünf Jahre statt wie bisher nur drei Jahre gewässert werden. Zur Umsetzung ist mehr Personal notwendig. Dafür werden wir uns bei den Haushaltsberatungen stark machen. Wir bewerten es positiv, dass immer mehr Bürger*innen bereit sind,

Verantwortung für Stadtbäume in ihrem Umfeld zu übernehmen. Verbindlich geregelte Baumpatenschaften wollen wir durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Positivbeispiele fördern.

Das Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünung in der Innenstadt hat sich bewährt. Es muss jetzt auf alle Stadtteile ausgeweitet werden und künftig auch die Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen beinhalten. Die Grundlage dazu wurde durch das neue Landesnaturschutzgesetz mit dem Verbot der Schottergärten geschaffen. Beratung, Unterstützung, ggf. finanzielle Anreize, aber auch Gebote und Verbote sollen helfen, versiegelte Vorgärten wieder in lebendige Grünflächen umzuwandeln. Dafür sind zusätzliche Mittel notwendig.

Seit Beginn des Jahres 2020 hat sich unser aller Leben verändert: Mit dem neuen Coron-Virus verbreitet sich eine stark ansteckende, den ganzen Körper ergreifende neue Krankheit auch bei uns. Weil wir für andere schon ansteckend sein können, ohne dass wir Krankheitssymptome haben, müssen wir viele lieb gewohnte Verhaltensweisen umstellen. Auch wenn wir uns alle unsere alte Normalität zurückwünschen müssen wir uns der aktuellen Situation mit viel Geduld und Kampfgeist stellen. Durch die Corona-Pandemie ist sehr sichtbar geworden, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Nur so kann auf unvorhersehbare Ereignisse solidarisch reagiert werden. Wir wollen die Menschen, die Unterstützung benötigen und die Träger, die Unterstützungen gewährleisten, nicht allein lassen. Und wenn wir heute in die Prävention, Integration und Teilhabe investieren, sparen wir uns zukünftig viel Geld. Mit einer Reihe von Anträgen wollen wir die bestehenden Strukturen erhalten und weiterentwickeln.

Der Lockdown hat deutlich gemacht, dass unsere sozialen Netzwerke funktionieren – jedenfalls zum großen Teil. Die Wohnungslosenhilfe, die Bahnhofsmision oder zum Beispiel die Frauenhäuser haben vieles aufgefangen. Vorbildhaft, kreativ und spontan wurde von Bürger*innen Nachbarschaftshilfe organisiert. Vor Pflegeheimen fanden hunderte Konzerte statt. Die städtische Sozial- und Jugendbehörde hat diesen Stresstest bestanden. Vielen Dank an alle Akteur*innen! Das ist wirklich großartig. Aber klar ist auch, dass die Pandemie-Situation nicht ohne negative Folgen an uns vorbeigeht. Familien wurden stark belastet. In vielen Fällen mussten Homeoffice und Homeschooling unter einen Hut gebracht werden. Das ungewohnt enge Zusammensein bringt ungeklärte Konflikte unweigerlich zu Tage. Auch mussten viele Menschen in Krankenhäusern oder Pflege-Einrichtungen auf einen persönlichen Kontakt zu ihren Angehörigen und Freund*innen verzichten. Depression und das Gefühl der Einsamkeit haben in der Krise zugenommen. Wir müssen die Art, wie wir zusammenleben, neu denken. Wir müssen uns ganz bewusst darum bemühen, dass nicht eintritt, was leicht geschieht: Stärkere richten sich ganz gut ein und Schwächere werden weiter belastet und am Ende abgehängt.

Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung, im nächsten Haushalt allen Träger*innen von sozialen Leistungen nachvollziehbare Steigerungen ihrer Miet- und Personalkosten für Projekte, die sie in städtischem Auftrag durchführen, durch Zuschusserhöhungen ausgleicht.

Wir unterstützen Beratungsstellen. Dazu gehören die Intensivhilfen für Frauen, die Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatungsstelle und die Suchtberatungsstellen. Gerade in Krisenzeiten sind diese besonders wichtig. Häusliche Gewalt oder sexualisierte Gewalt gegen Kinder tolerieren wir in keiner Form. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat im Dezember 2019 eine Selbstverpflichtung zur Sicherung des gegenwärtigen Leistungsstands im Bereich Schutz, Beratung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verabschiedet hat. So erhalten die Träger*innen in diesem Bereich zumindest eine gewisse Planungssicherheit. Welchen

Bedarf wir im Bereich Prävention, Beratung und Schutz vor häuslicher Gewalt, insbesondere gegen Frauen, im Einzelnen noch haben, werden wir nach der Konzepterstellung zur Istanbul-Konvention wissen.

Der Lockdown hat auch gezeigt, wie sehr vor allem Frauen, die sich aus Armutgründen oder durch Zwang prostituieren, auf Beratung angewiesen sind. Wichtig ist hier, dass eine „Ausstiegswohnung“ eingerichtet wird, und dass auch Frauen ohne Krankenversicherung medizinisch behandelt werden können. Dies gilt auch für die große Zahl an Osteuropäerinnen, die in Privathaushalten legal oder illegal 24-Stunden-Pflege leisten. Dies ist eine Gruppe Frauen, von der jeder weiß. Trotzdem wurde ihr Schutz bisher gesellschaftlich vernachlässigt.

Wir beantragen Mittel für die Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen, die wegen der bestehenden Regelungen zur Kostenübernahme nicht kostendeckend angeboten werden können – obwohl dies keine ursprünglich kommunale Aufgabe ist. Diese Plätze für Betroffene und ihre Angehörigen zur Überbrückung unvorhergesehener Situationen sind aber dringend nötig. Zudem werden in Krankenhäusern Betten von Senior*innen belegt, die eigentlich nur eine Kurzzeitpflege benötigen. Auch im Bereich der ambulanten Pflege lässt der Bund die Kommunen allein. Wir wollen, dass die beiden Projekte „Innovative Pflege“ weitergeführt werden. Inzwischen konnte schlüssig erwiesen werden, dass die Stadt diese Kosten schnell wieder einspart, weil Menschen durch eine individuellere Betreuung erst später in ein Pflegeheim gehen müssen. Wir hoffen, dass für diese intensivere Betreuung mittelfristig eine Kostenübernahme durch die Krankenkassen erreicht werden kann.

Zu unserem Verständnis von Demokratie gehört auch, dass wir eine offene Gesellschaft fördern, in der alle Menschen sicher und selbstbestimmt leben und lieben können. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist. Gerade für junge queere Personen ist das zielgruppenspezifische Beratungsangebot von Pro Familia eine wichtige Anlaufstelle. Dieses sollte nach dem Auslaufen der bisherigen Landesförderung durch die Stadt gefördert werden. Das Angebot wurde bisher stark nachgefragt und entlastet mit seiner spezifischen Kompetenz auch andere Sozial- und Jugendeinrichtungen.

Seit einigen Jahren stehen jährlich 3 Mio. Euro für eine zusätzliche Förderung von günstigem Wohnraum zur Verfügung. Wir fordern alle Wohnbauträger auf, diese Mittel in ihre Kalkulation mit einzuplanen und in Anspruch zu nehmen. So entstehen auch bei Neubauvorhaben sozial durchmischte Nachbarschaften – und vor allem: es entstehen endlich mehr günstiger Wohnraum.

Besonders für Kinder aus armen und benachteiligten Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund sind leicht zugängliche und zuverlässige Bildungs- und Betreuungsangebote in den ersten Jahren entscheidend für ihren weiteren Bildungsweg. Daher müssen wir die Angebote unserer Kitas im Bereich der Sprachförderung und für Kinder mit besonderen Bedarfen mit Hochdruck ausbauen und Konzepte für inklusive Kindertageseinrichtungen schnell vorantreiben. Wir unterstützen den Vorschlag der Verwaltung, bei Stellenschaffungen neben dringend notwendigen Stellen im Bereich Klimaschutz vor allem neues Personal für die frühkindliche Bildung in Karlsruhe bereitzustellen. Für die Schüler*innen beantragen wir, dass alle einen nennenswerten städtischen Zuschuss für die ScoolCard erhalten, egal wie nah sie an ihrer Schule wohnen. Alle Kinder sollen an Klassenausflügen unkompliziert teilnehmen und sich auch nachmittags frei bewegen können – unabhängig von der Geldbörse ihrer Eltern.

Noch nie hatten sich die Kinder so sehr auf die Schule gefreut wie nach dem Lockdown. Für die Eltern war es eine riesige Erleichterung, dass ihre Kinder nicht den ganzen Tag zuhause verbringen und sie nicht mehr Nachhilfelehrer*innen sein mussten. Für uns GRÜNE steht fest: An der Bildung darf nicht gespart werden. Unsere Schulen müssen sich darauf verlassen können, dass Investitionen in Schulausstattung, Sanierung und Erweiterung der Schulgebäude eine hohe Priorität behalten. Auskömmliche Schulbudgets und Schulsozialarbeit sind in Krisenzeiten besonders wichtig. Wir GRÜNE setzen uns für den Ausbau von verbindlichen Ganztagschulen ein, um eine optimale Rhythmisierung des Schultags für die Kinder zu ermöglichen. Wir freuen uns, dass 2021 endlich die Oberstufe an der Drais-Gemeinschaftsschule an den Start gehen wird. Wir setzen uns für die Umsetzung der Inklusion ein, die durch Schaffung von Barrierefreiheit künftig wohnortnah ermöglicht werden kann. Unsere Kooperationen Schule und Kultur, Sport und Umweltbildung müssen erhalten bleiben. Durch diese erweiterten Bildungsangebote verbessern wir die Chancengerechtigkeit für Kinder aus benachteiligten Familien.

Gute Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung sowie vielfältige Angebote der außerschulischen Bildung – von Sprachkursen über kreative bis persönlichkeitsbildende Angebote erfüllen eine zentrale Aufgabe in unserer Gesellschaft. Hierzu gehört auch das Angebot der Hardtstiftung mit einem sozialpädagogisch betreuten Lehrlingsheim. Wir unterstützen einen städtischen Zuschuss für die notwendigen Arbeiten im Theodor-Steinmann-Haus. Die Volkshochschule, der Internationale Bund, das Internationale Begegnungszentrum und viele mehr mit ihren vielfältigen Angeboten und teilweise geringen oder sogar kostenlosen Teilnehmer*innengebühren, müssen erhalten bleiben. Für unsere Volkshochschule waren während des laufenden Jahres Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung notwendig. Wir GRÜNE haben diese aktiv mit angestoßen und setzen uns weiter dafür ein,

Die Themen Migration und Integration beschäftigten viele Menschen in den letzten Jahren intensiv und emotional. In der Migration liegen viele Möglichkeiten für unsere Zukunft in Deutschland. Wir müssen sie nutzen. Wir GRÜNE stehen für eine weltoffene Gesellschaft der Vielfalt, in der sich Menschen unabhängig von Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit und religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung wohl und willkommen fühlen. Damit Zuwanderung gelingen und Vielfalt als Chance erlebt werden kann, muss sie jedoch von entsprechenden strukturellen Rahmenbedingungen begleitet werden. Dazu gehört, dass die berufliche und soziale Teilhabe von Zugewanderten, insbesondere von Geflüchteten, möglichst früh gefördert wird – mit durchgängiger Sprachförderung und Mentor*innenprojekten, die den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir brauchen Orte der Begegnung, die einen nationenübergreifenden konstruktiven Austausch ermöglichen, statt eines exklusiven Nebeneinanders.

Die Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans und die daraus resultierenden Integrationsprojekte sind uns wichtig, Integration ist kein Selbstläufer, sondern muss als kommunale Querschnittsaufgabe konzeptionell gut durchdacht und konsequent umgesetzt werden. Um auf dringende Bedarfe im Bereich Bildung, Sprachförderung und Begegnung adäquat reagieren zu können, befürworten wir eine Aufstockung des Integrationsfonds sowie die Verstetigung erfolgreicher Projekte.

Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Aufbau einer Lebensperspektive brauchen wir verlässliche Bleibeperspektiven für gut integrierte Geflüchtete. Diese Menschen bringen oft Fähigkeiten mit, auf die die Wirtschaft weder verzichten kann noch möchte. Ihre Ausbildungs-

und Arbeitsplatzförderung und vor allem ihre Integration im Sinne von sozialer Teilhabe werden wir verstärkt angehen müssen. Als Mitglied im Bündnis der Städte der Sicheren Häfen gilt es weiterhin, als Kommune den Druck auf den Bund zu erhöhen, um zusätzliche Geflüchtete aufnehmen zu können und die bereits vorhandenen Unterbringungskapazitäten bei Bedarf hochzufahren. Wichtig ist, die seit Jahren bestehenden und erfolgreichen Unterstützungsangebote für Geflüchtete in den Erstaufnahmestellen gesichert werden.

Ebenso wie Integration als Querschnittsaufgabe anzugehen ist, muss auch das Thema Rassismus konzeptionell, strategisch und ernsthaft verfolgt werden. Vorhandene Angebote zur Rassismus-Prävention müssen gebündelt, professionalisiert und entsprechend dem Bedarf ausgeweitet werden. Die Einrichtung einer Antirassismus-Beauftragten analog zu Gleichstellungsbeauftragten wird im nächsten Haushalt zu prüfen sein.

Tanz, Musik, Theater, Literatur und Kunst machen das Leben bunt und attraktiv. Kultur gibt auch Impulse und regt Diskurse an. Sie trägt dazu bei, dass die kulturelle und soziale Vielfalt der Menschen in unserer Stadt wahrgenommen, akzeptiert und wertgeschätzt wird. Karlsruhe verfügt über ein breit gefächertes kulturelles Angebot. Diese Vielfalt haben wir in den letzten Jahren gefördert und ausgebaut, um allen Menschen in unserer Stadt die kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Im Doppelhaushalt 2019/20 wurde dafür fraktionsübergreifend sehr viel erreicht.

Für den Haushalt 2021 stehen wir vor großen Herausforderungen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus haben die gesamte Kultur, vor allem aber die freien Theater und die Soziokultur, hart getroffen. Nur durch schnelle Bundes- und Landesmittel konnten existenzielle Bedrohungen verhindert werden. Wir GRÜNE haben mit unserem Antrag für einen Notlagenfonds vom April 2020 erreicht, dass ein kommunaler Notlagenfonds von 2,5 Mio. Euro Ende Juli eingerichtet wurde. Wir sind in enger Rücksprache mit den Trägern und dem Kulturamt und beobachten, ob die zur Verfügung gestellten Mittel ausreichend sind.

Es ist bewundernswert, wie unsere Kultureinrichtungen in diesem extremen Ausnahmezustand alle ihre kreativen Potenziale und Energien mobilisiert haben, um weiterhin künstlerisch aktiv zu bleiben und Kulturangebote in Form von Hofkonzerten und Streaming-Veranstaltungen machen zu können. Wir als Gemeinderat haben erklärt, dass wir die Kultur nicht im Stich lassen werden. Dazu stehen wir GRÜNE auch weiterhin. Die bisherigen und aktuellen Maßnahmen – ein Vorziehen der Förderraten bis Jahresende, Stundung der Miete und Gewährleistung von Projektmitteln sowie der Notlagenfonds – werden nicht ausreichen, um die freie Kultur zu retten. Wir sehen im Augenblick, dass die Einschränkungen auch im Jahr 2021 fortgeführt werden. Mit den dadurch bedingten Mindereinnahmen können die Kultureinrichtungen ihren Betrieb nicht finanzieren. Sie sind auch 2021 auf zusätzliche Unterstützung angewiesen. Dazu gehört auch die Prüfung des Erlasses der gestundeten Mieten. Wir haben bereits eine Initiative in dem Bereich ergriffen.

Wegen des 2021 beginnenden und steigenden Haushaltsdefizits sind Erhöhungen bei den institutionellen Förderungen von Kultureinrichtungen nur in dringenden Fällen möglich. Wir GRÜNE werden deshalb zurückhaltend dabei vorgehen. Wir sehen u. a. beim hochkarätigen Chor Cantus Juvenum, dem Centre Culturel Franco-Allemand, der Gedok, der Kulturküche, dem Jakobus-Theater, der Marotte und dem Werkbund einen Bedarf für eine moderate Erhöhung. Wir haben zugesagt, dass Sau e.V. unterstützt wird und halten dafür zunächst den Notlagenfonds für zielführend. Außerdem beantragen wir für die Kinemathek und den Jazz-Club einmalige Zuschüsse

für unabwendbare Baumaßnahmen, um ihre Räume in der Kaiserpassage für Publikum nutzbar zu machen. Die Sanierung des Prinz-Max-Palais muss 2021 begonnen werden, ebenso muss die Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Erweiterung des Theaterhauses 2021 zeitnah vorliegen.

Wir stehen weiterhin zum Forum Recht, auch wenn leider kein alternativer Standort gefunden wurde. Das Forum Recht initiiert und fördert gesellschaftliche Debatten über Vielfalt, Teilhabe, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit. Gemeinsam mit OB Mentrup wollen wir erreichen, dass mindestens die doppelte Fläche Innenstadtbereich entsiegelt und extensiv begrünt wird und hierfür Geld zur Verfügung steht. Die Parkfläche, die künftig nicht mehr innerhalb des Hochsicherheitszauns liegen wird, soll der Bevölkerung als Grünfläche zur Verfügung gestellt werden.

Wir GRÜNE haben die Kultur in der Schließzeit schmerzlich vermisst. Wir haben jeden Tag gespürt, dass uns die Kultur fehlt. Wir halten weiterhin daran fest, dass Kultur zu den Grundbedürfnissen unserer Gesellschaft zählt. Daher setzen wir uns für eine Stärkung von kultureller Vielfalt, Barrierefreiheit und Teilhabe für alle Menschen ein.

Auch unsere Karlsruher Betriebe und Arbeitnehmer*innen leiden in der Krise. Das gilt für den Einzelhandel, die Gastronomie, Start-ups, Schausteller*innen und weitere Berufsgruppen. Uns ist wichtig, dass wir Infrastrukturen und lebenswerte Einrichtungen in Karlsruhe in der Krise nicht alleine lassen. Wir wollen unsere Gründerzentren in Karlsruhe durch die Mittel im Haushalt weiter stärken. Auch wollen wir wie bisher für Gastronomie und Veranstaltungen gebührenfrei mehr Platz im öffentlichen Raum geben, um im Freien Corona-sichere Angebote zu ermöglichen. Im weiteren Verlauf der Corona-Situation müssen wir uns als Stadt daran beteiligen, wenn es darum geht neue Konzepte zur Unterstützung zu finden.

Die Stadt Karlsruhe verzeichnet im Städtevergleich eine niedrige Arbeitslosigkeit. Dies liegt unter anderem auch am städtischen Gesamtkonzept Arbeit und den Arbeitsförderungsbetrieben, die dafür städtische Zuschüsse erhalten. Um dieses bewährte Konzept auch in der aktuellen, durch Corona-bedingte geprägten Situation fortzusetzen, ist es wichtig, hier auch weiter zu investieren.

Auch im Bereich Digitalisierung wirkt die Corona-Krise wie ein Brennglas auf Fehlentwicklungen und Defizite. So ist uns allen in den letzten Monaten besonders im Bereich des Arbeitslebens, der Stadtverwaltung und der Schulen die Bedeutung einer funktionierenden digitalen Infrastruktur bewusst geworden. Die Stadt Karlsruhe nimmt bei diesem Thema mit großem Stolz eine Vorreiterrolle ein, beheimatet viele erfolgreiche IT-Unternehmen und innovative Start-Ups. Das damit verbundene Know-How erleichterte in der Krise das Umstellen weiterer Teile der Stadtverwaltung auf den Homeoffice-Betrieb und das Aufrechterhalten von Service-Angeboten für Bürger*innen. Die Stadt hat schnell reagiert bei der Bereitstellung von Lernplattformen und der Investition in digitale Endgeräte für Schüler*innen, die bereits in diesen Wochen ihren Weg an die Schulen finden. Auch die Entwicklung der neuen städtischen Webseite und der digital@ka-App, u. a. mit den von uns GRÜNEN beantragten digitalen Eintrittsfunktionalität für städtische Einrichtungen, schreiten mit schnellen Schritten voran und werden das Angebot digitaler Bürger*innendienste in Zukunft erweitern.

Umso wichtiger ist es, dass diese Entwicklungen auch bei der angespannten Finanzlage der kommenden Jahre nicht ins Stocken geraten, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu sichern. Tablets und Lernsoftware an Schulen erfordern eine zuverlässige und leistungsstarke digitale

Infrastruktur. Die Anbindung der Karlsruher Bildungseinrichtungen ans Highspeed-Internet muss daher mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Bei unserem Weg in die digitale Zukunft müssen wir besonders diejenigen mitnehmen, für die der Umstieg auf neue Technologien keine Selbstverständlichkeit darstellt. Umfangreiche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen den Umstieg begleiten. Digitale Angebote sind immer nur so gut, wie die Menschen, die sie betreuen. Trotz finanziellem Druck zur Effizienzsteigerung darf dieser Grundsatz bei unserer zukünftigen Personalplanung nicht aus den Augen geraten.

Auch dem Schutz der digitalen Souveränität unserer Stadt und ihrer Bürger*innen müssen wir uns in Zukunft verstärkt widmen. Ein konsequenter Einsatz von Open-Source-Software mag stellenweise mühsam sein. Wo er möglich ist, bewahrt er die Stadt jedoch vor Abhängigkeit und sichert uns die Hoheit über unsere Daten.

Bürgerbeteiligung erhöht die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Unser Leitbild ist eine Kommune, die eine Beteiligung an Entscheidungsprozessen aktiv fördert und unterstützt. Das ist besonders bei Sparhaushalten wichtig: Wir müssen als Gemeinderat im kommenden Jahr alle Bürger*innen mitnehmen, die Zivilgesellschaft und die Vereine vor Beschlussfassung umfassend informieren und vielleicht an der ein oder anderen Stelle auch aktiv einbinden. Hierzu werden wir für eine der nächsten Gemeinderatssitzungen eine Anfrage zu den bisher damit interkommunal vorliegenden Erfahrungen stellen.

Wir danken allen Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, insbesondere der Kämmerei, die in diesem Jahr unter besonderer Belastung standen, für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfes. Für die im November folgende Haushaltsberatung wünschen wir uns allen Geduld und Verständnis für die verschiedenen Anliegen und eine produktive Beratung, aus der gute Kompromisse hervorgehen. Nach den Haushaltsberatungen ist vor weiteren bedeutenden Weichenstellungen: Wir werben auch bei den OB-Wahlen im Dezember und bei den Wahlen im kommenden Jahr um Unterstützung für unsere grünen Antworten auf die Herausforderungen, die sich uns allen in diesen Zeiten stellen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die Aufgabe, auf die Haushaltsrede des Herrn Oberbürgermeisters und den eingebrachten Haushaltsentwurf zu erwidern, nehme ich für die CDU-Fraktion gerne wahr. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und den Auswirkungen der Krise auf alle Lebensbereiche, müssen wir verantwortungsvoll haushalten und die Zukunft unserer Stadt mit besonderer Sorgfalt gestalten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben einen Haushaltsentwurf vorgelegt, für den Sie Verantwortung tragen. Dieser schließt mit einer Unterdeckung von über 90 Mio. Euro, voraussichtlich minus 110 Mio. Euro, ab. Dies, Herr Oberbürgermeister, entspricht nicht dem, was sich die CDU unter einer soliden und seriösen Haushaltspolitik vorstellt.

Bevor ich im Einzelnen auf den Haushaltsentwurf eingehe, darf ich zunächst feststellen, dass es unserer Überzeugung als Christdemokraten entspricht, dass wir unsere Entscheidungen und unser Handeln stets auch unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit prüfen. Nachhaltige Politik zeichnet sich dadurch aus, dass sie das Gesamte im Blick hat, an die Folgen denkt und tatsächlich sowie wirtschaftlich umsetzbar ist. Unser Ziel ist es deshalb, einen Haushalt mitzugestalten, der künftigen Generationen und Gemeinderäten noch Spiel- und Handlungsräume belässt und

mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger verantwortungsvoll umgeht. Der von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf wird dem nicht gerecht.

(Vereinzelter Beifall)

Das führt dazu, dass wir nun der Öffentlichkeit erklären müssen, dass die Haushaltssituation dramatisch ist. Auch deshalb können wir nur einen Ein-Jahres-Haushalt beraten. Unsere Hauptziele – effektiven Klimaschutz, Erhaltung unseres hohen sozialen Standards und Festigung unseres Wirtschaftsstandorts – dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren. Die finanziellen Mittel hierzu erwirtschaften unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger und unsere Unternehmen. Sie sind es, die durch ihre Leistungen und Steuern den Wohlstand unserer Stadt sicherstellen. Das darf man nie außer Acht lassen.

Eine Analyse des Haushaltsentwurfes zeigt, dass die negative Entwicklung im Ergebnishaushalt im Wesentlichen auf Ausgabenmehrung in allen Bereichen beruht, vor allem auf eklatant steigenden Personalkosten. Das zweite Problem der negativen Entwicklung ist der steigende finanzielle Bedarf bei unseren Gesellschaften und dabei ist nicht alles Corona-bedingt. Extrem ist die Schieflage beim ÖPNV. Hier laufen die Kosten aus dem Ruder. Seit Ihrer Amtszeit, Herr Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender aller Gremien des ÖPNV, haben Sie es geschafft, hier die Defizite zu verdoppeln. Auch beim städtischen Klinikum haben Sie sich verkalkuliert. Statt wie erhofft, durch den Bau des Hauses M Kosten einzusparen, zeichnen sich beim Klinikum jährlich steigende Defizite in Millionenhöhe ab. Wäre der negative Ergebnishaushalt nicht schon schlimm genug, zeichnet sich aber für die Zukunft eine weitere dramatische Schieflage des städtischen Haushaltes ab. Und dies liegt an verschiedenen Versäumnissen und Fehlentscheidungen, Herr Oberbürgermeister, die Sie alle mit zu verantworten haben.

Einige darf ich exemplarisch ansprechen.

Zum 1. Juli 2017 sollte die Sanierung der Stadthalle für ursprünglich 58 Mio. Euro beginnen. Anfang 2020 hätten die Arbeiten fertiggestellt und die Stadthalle bezugsfertig sein sollen. Bereits 2018 wurde verlautbart, dass die Arbeiten ein Jahr länger dauern und die Kosten sich um 18 Mio. Euro erhöhen sollen. Aufgrund dieser Meldung hat die CDU-Fraktion seit Juni 2018 wiederholt die Herangehensweise an dieses Bauprojekt kritisiert und die Einführung von Kontrollmechanismen gefordert. Es bleibt nicht nachvollziehbar, weshalb die Ausführungspläne nicht mit der tatsächlichen Bauausführung übereinstimmen und weshalb diese Fehler nicht im Zuge der Modernisierungsplanung rechtzeitig festgestellt und korrigiert wurden. Inzwischen ist die Sanierung der Stadthalle ein einziges Desaster. Was das Projekt kosten und wann es fertig sein soll, können Sie uns, Herr Oberbürgermeister, nicht sagen. Inzwischen spricht man bereits von einer Größenordnung von 100 Mio. Euro. Das Kongressgeschäft ist durch die stillgelegte Stadthalle regelrecht heruntergewirtschaftet. Karlsruhe hat mittlerweile mangels nutzbarer Hallen kaum noch Perspektive, in den nächsten Jahren mit anderen Kongressstädten zu konkurrieren. Ein vorausschauender Oberbürgermeister hätte hier erheblich früher die Reißleine gezogen. Eine ähnliche Vorgehensweise können wir uns bei der anstehenden Sanierung der Schwarzwaldhalle nicht erlauben.

Ein weiteres signifikantes Beispiel für jahrelangen Stillstand und Kostensteigerungen ist die Europahalle, wo ebenfalls zeitliche Verzögerungen in der Planungsphase sich belastend auf die städtische Finanzlage auswirken. Karlsruhe schmückt sich mit dem Beinamen „Sportstadt“.

Aber ausgerechnet in der Sportstadt Karlsruhe ist die größte Sporthalle seit 2014 für Events sowie Bundesjugendwettkämpfe gesperrt. Für Karlsruhe ein Desaster. Weshalb dieses Projekt nicht von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, schon lange zur Chefsache erklärt wurde, ist unerklärlich. Es wird noch Jahre bis zur Herstellung einer Nutzbarkeit dauern und dies zu wesentlich höheren Kosten. Und die Nutzbarkeit wird dann sogar dauerhaft eingeschränkt bleiben.

Beim Stadionbau war immer die Einhaltung der Budgets oberstes Dogma. Deshalb ist es beispielsweise unverständlich, wie man in den Verträgen mit der Baufirma eine Preissteigerungsklausel einfach vergessen kann. Aber nicht nur Schwächen in der Vertragsgestaltung, sondern auch städtische Planungsfehler führen zu erheblichen Mehrkosten in Millionenhöhe. So wurde das Regenrückhaltebecken zu klein konzipiert. Die Korrektur kostete gleich mal weitere 15 Mio. Euro.

Auch das Projekt Stuttgarter Straße verursacht bereits in der Planungsphase zusätzliche Belastungen in Millionenhöhe. Für die Verlagerung der ESG Frankonia und die Neuarrondierung der Kleingartenanlagen waren im Jahr 2017 ursprünglich Kosten von 42 Mio. Euro vorgesehen. Auch hier hätte man bei vorausschauender Planung erkennen können, dass Kriegsschutt und kontaminiertes Erdreich auf dem Gelände vorhanden ist, das teuer abgetragen werden muss. Deshalb erhöhte sich im November 2018 die Schätzung der Kosten auf 89 Mio. Euro. Diese wurden dann im Februar 2020 nur deshalb auf immerhin noch 72 Mio. Euro festgelegt, weil das kontaminierte Erdreich nicht in dem Umfang ausgetauscht werden soll, wie es die CDU-Fraktion nach den vorliegenden Erkenntnissen für notwendig gehalten hatte. Es bleibt jedenfalls eine Kostensteigerung von über 30 Mio. Euro gegenüber dem ursprünglichen Ansatz, die die Finanzlage der Stadt Karlsruhe belasten wird.

Seit vielen Jahren warten die leidgeprüften Bewohner Hagsfelds auf die dringend notwendige verkehrliche Umfahrung und Fortführung des Autobahnanschlusses Nord. Hierfür gab es eine Lösung, für die Bundesmittel zur Verfügung standen und Baurecht bestand. Diese Lösung wurde von der rot-rot-grünen Mehrheit im Rathaus mit dem Oberbürgermeister an der Spitze aus ideologischen Gründen nicht genutzt. Stattdessen wird jetzt eine kommunale Straße gebaut, deren Kosten ohne Zuschüsse in Höhe von über 70 Mio. Euro voll zu Lasten des städtischen Haushaltes ging. So darf mit städtischen Steuergeldern nicht umgegangen werden und darf sich künftig nicht mehr wiederholen.

Auf die unsägliche Situation um die Personalangelegenheiten beim Badischen Staatstheater und ihre unangemessene Reaktion gegenüber den Mitarbeitern und dem Freundeskreis des Staatstheaters, Herr Oberbürgermeister, gehe ich nicht ein. Sie kosten zwar erst einmal kein Geld, aber haben den Ruf der Stadt und des Badischen Staatstheaters beschädigt. Ich will vielmehr die Sanierung des Staatstheaters ansprechen. Um es klar zu sagen: Diese ist notwendig. Die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur nicht mehr zeitgemäß, sondern schlicht inakzeptabel. Außer Frage stehen für uns ebenso die Aktualisierung des Brandschutzes und die Verbesserung der Technik. Bezogen auf diese notwendigen Sanierungen verkündeten im Jahr 2014 das Land und die Stadt Karlsruhe, welche jeweils zur Hälfte für die Ausgaben aufkommen, sie würden 125 Mio. Euro für die Baumaßnahmen zur Verfügung stellen. Bereits im Sommer 2017 war diese Kalkulation wieder einmal längst überholt, als die voraussichtlichen Baukosten mit bis zu 325 Mio. Euro beziffert wurden. Die CDU-Fraktion hat den Beschluss zur Sanierung des Staatstheaters mitgetragen, allerdings unter der Maßgabe, dass die Kosten sich auf gesamt

325 Mio. Euro im Maximum belaufen würden. Inzwischen ist von einer weiteren Kostensteigerung von fast 200 Mio. Euro die Rede. Mittlerweile werden nunmehr rund 500 Mio. Euro an Gesamtbaukosten veranschlagt. Darin sind noch nicht einmal die Kosten für eine längere Bauzeit und Kosten für Interimslösungen, Personal und für Freianlagen einbezogen. Was am Ende des Tages an Kosten auf den städtischen Haushalt tatsächlich zukommen wird, weiß zurzeit niemand. Das ist inakzeptabel. Der Bund der Steuerzahler hat in einer Pressemitteilung vom 10. September 2020 auf Risiken hingewiesen und Klarheit darüber gefordert, welche Kosten auf den Steuerzahler zukommen. Dieser Forderung schließen wir uns ausdrücklich an. Auf diese Baukostenexplosion hätte der Oberbürgermeister – zumal als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender - bei Kenntnis der eigenen Kassenlage viel früher Einfluss nehmen müssen. Die CDU-Fraktion ist nicht bereit, diese Kostenexplosion mitzutragen. Stattdessen erwarten wir einen konkreten Vorschlag, wie sich der Oberbürgermeister vorstellt, das Ganze zu finanzieren.

All die aufgeführten Punkte zeigen, dass vorausschauende und fundierte Planung anders aussehen muss, damit Projekte in Puncto Zeit und Kosten nicht derart aus dem Ruder laufen. Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik, gilt daher für uns ab jetzt das Prinzip: Es soll nur noch geplant und gebaut werden, was bezahlt werden kann! Wir wollen verlässliches und bezahlbares Bauen der öffentlichen Hand. Dabei sind Großprojekte, wie ich sie angesprochen habe, Chefsache, Herr Oberbürgermeister. Und wer als Chef der Verwaltung solche Vorgänge nicht rechtzeitig an sich zieht und sich hier nicht ausreichend kümmert, der muss damit rechnen, dass die Frage nach der Qualität des Chefs gestellt wird. Bei vielen Projekten hätten Sie, Herr Oberbürgermeister, viel früher eingreifen und die Reißleine ziehen müssen.

Sofern die vorgenannten Punkte sich nicht bereits schon jetzt im Ergebnishaushalt negativ niederschlagen, so tragen sie aber wesentlich dazu bei, dass der städtische Haushalt mittel- und langfristig noch schwereren Zeiten entgegengeht. Letztendlich haben Sie, Herr Oberbürgermeister, durch mangelnde Prioritätensetzung im Ergebnishaushalt und nach der Devise "schneller, höher und weiter – koste es, was es wolle" uns in diese Situation gesteuert. Im Bewusstsein um die Verantwortung gegenüber unserer Stadt sowie den nachfolgenden Generationen und getragen von dem Willen, Karlsruhe zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir nun künftig bei den Haushaltsberatungen jede Entscheidung auf ihre Erforderlichkeit, Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit hin prüfen. Die vorliegenden Zahlen des Haushaltsentwurfs führen bereits jetzt dazu, dass wir, wenn wir verantwortlich handeln wollen, nicht einmal kleinste notwendige Zuschüsse im Sozialen und Kulturbereich beantragen können. Damit ist dem Gemeinderat das Königsrecht, den Haushalt aktiv mitgestalten zu können, faktisch genommen. Das ist eine Situation, die wir nicht akzeptieren.

Im Folgenden werde ich Schwerpunktthemen nennen, die der CDU-Fraktion besonders wichtig sind:

Die CDU-Fraktion ist sehr dafür, dass in Karlsruhe aktiv Klimaschutz betrieben wird. Seit 2009 leistet Karlsruhe mit seinem Klimaschutzkonzept hier vieles, das gut und wichtig ist. Die CDU-Fraktion hat diesen Prozess stets konstruktiv begleitet, zielführende Entscheidungen mitgetragen und auch eigene Initiativen in den Gemeinderat eingebracht. Wir tragen insbesondere Maßnahmen mit, wenn sie effizient sind und nachhaltig wirken. Deshalb haben wir beantragt, das Klimaschutzkonzept 2030 nachzubessern und die Effizienz der jeweiligen Maßnahmen konkret anhand der CO₂-Vermeidungskosten auszuweisen. Aber Geld verteilen nach dem Gießkannenprinzip kann sich Karlsruhe nicht leisten. Die wirtschaftlichsten Projekte sollen vorrangig

angegangen werden. Wir wollen Maßnahmen fördern, die zielführend, nach den derzeitigen technischen Möglichkeiten realisierbar und letztlich auch finanzierbar sind. Aber wir tragen keine Entscheidungen mit, die jeden Rahmen sprengen. Hier zeichnet sich ein verantwortungsvoller Oberbürgermeister gerade dadurch aus, dass er nicht nur Klientelpolitik betreibt, sondern vernünftige Entscheidungsvorschläge unterbreitet.

Mit allen Kräften wollen wir im sozialen Bereich bestehende und bewährte Strukturen erhalten und keine Kürzungen vornehmen. Unser Anliegen ist es, auch künftig die große soziale Stadt Karlsruhe aufrechtzuerhalten. Leider lässt der Haushaltsentwurf uns keine Spielräume für die Bezuschussung neuer Projekte oder Erhöhungen. Aber in jedem Falle muss der Ausbau der Kita-Plätze vorangebracht werden, um Pflichtaufgaben sowie gesetzliche Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Immer noch fehlen Hunderte Kita-Plätze in Karlsruhe und Eltern müssen lange vergeblich auf einen Platz warten.

Priorität hat für uns die Sanierung der Schulen. Diese befinden sich seit Jahren - gerade im Bereich der Sanitäranlagen - in einem immensen Investitionsstau, der zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler dringend abgebaut werden muss.

Kunst und Kultur, die unsere Stadt vielfältig prägen und die auch wichtige geistige Nahrung für unsere Stadtgesellschaft sind, wollen wir auf hohem Niveau sichern und unterstützen, aber auch als Wirtschaftszweig betrachten, der Arbeitsplätze schafft. Kunst und Kultur zu unterstützen, heißt für uns auch, dass sich der Oberbürgermeister künftig persönlich viel stärker als bisher um die Realisierung des Erweiterungsbaus für die Staatliche Kunsthalle, ein Leuchtturm in Karlsruhe, einsetzt. Ein Lösungsvorschlag liegt vor. Wir erwarten, dass bei einem so wichtigen Projekt für Karlsruhe seitens der Stadt viel intensiver an der Umsetzung auch dem Land gegenüber gearbeitet wird. Außerdem muss das ZKM als eine Karlsruher Kultureinrichtung mit Weltgeltung eine viel größere Wertschätzung erfahren als bisher.

Das Ehrenamt insgesamt nimmt uns viele städtische Aufgaben ab und ist für unsere Stadtgesellschaft unverzichtbar. Ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger wollen wir wie bisher weiterhin unterstützen. Im Ehrenamt, sei es bei den freiwilligen Feuerwehren, im Sport, in der Kultur oder im Bereich des Sozialen wird auch wertvolle Jugendarbeit geleistet. Dies verdient unsere Wertschätzung.

Wer einen verlässlichen Bürgerservice anbieten und das Unternehmen Stadt aufrechterhalten will, muss zudem dezernats- und ämterübergreifend strategisch gut aufgestellt sein und vor allem digital verlässlich funktionieren. Die Corona-Pandemie hat uns die Stärken unserer Gesellschaft, nämlich das solidarische Miteinander der Generationen und das große ehrenamtliche Engagement vieler in Form von Nachbarschaftshilfen gezeigt. Aber Corona hat uns auch die Schwächen offengelegt. Wir müssen erkennen, dass wir beim Themenfeld Digitalisierung noch viel Luft nach oben haben – hier muss investiert werden, damit unsere Verwaltung auch im Falle eines Lockdowns erreichbar ist und auch aus dem Homeoffice effektiv arbeiten kann. Die Verwaltung ist im wahrsten Sinne des Wortes systemrelevant und muss funktionieren, hierauf müssen sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können.

Einen wichtigen Schwerpunkt sehen wir darin, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt sicher leben und sich wohlfühlen können. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind deshalb für das Zusammenleben in unserer Stadt essentiell. Für diese Werte steht die CDU. Die

große Mitte der Gesellschaft erwartet zu Recht Wehrhaftigkeit in einer geordneten Demokratie. Zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung gehört auch die technische Kontrolle schwieriger Plätze und Brennpunkte, die es leider in unserer Stadt gibt. Seit Tagen wird medial über Möglichkeiten einer intelligenten Videotechnik auf dem Europaplatz berichtet, was die CDU-Fraktion schon seit Jahren fordert. Moderne Videoüberwachungssysteme können erfassen, wenn Menschen gewaltsam aneinandergeraten oder sich Gruppen aggressiv verhalten. Ebenso erkennen sie, wenn eine Person einen Schwächeanfall erleidet. Moderne Videoauswertung löst eine genaue Sichtprüfung und – wenn erforderlich – schnelle Hilfe aus. Dabei kann der Schutz der Privatsphäre gewährleistet werden. Wer das weiß, hat etwa auf dem Europaplatz ein ganz anderes, ein begründet sicheres Gefühl. Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Ordnung für mehr Lebensqualität in Karlsruhe werden daher auch künftig ein besonderes Augenmerk der CDU-Fraktion bleiben.

Einzelhandel und Gastronomie leben von einer attraktiven Innenstadt, sauberen Plätzen, sprudelnden Brunnen und einem gepflegten Stadtbild. Da hat die Stadt Karlsruhe leider echten Nachholbedarf. Die Corona-Krise trifft jetzt den Einzelhandel und die Gastronomie zusätzlich besonders hart. Die Kaufkraft bei vielen Kunden ist Corona-bedingt rückläufig. Aus nachvollziehbarer Sorge vor Ansteckung und aufgrund der Corona-Schutz- und Hygieneverordnungen fallen Familienfeiern kleiner aus und die Zahl der Restaurantbesuche geht zurück. Die Clubszene ist vollständig lahmgelegt. Hier war es eine richtige Entscheidung des Gemeinderats im Sinne einer echten Wirtschaftsförderung, auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die Gastronomie bei der Bestuhlung im Außenbereich für die Dauer der Krise zu verzichten. Das Aufstellen von Heizpilzen und Wärmestrahlern zu gestatten, war wichtig, um eine Bewirtung im Freien im Herbst und Winter zu ermöglichen. Ohne diese zielführenden Entscheidungen, die klaren Forderungen der CDU-Fraktion entsprechen, gebe es einige Restaurants schon heute nicht mehr. Ebenso war es folgerichtig, den Schaustellern, die faktisch einem echten Berufsverbot ausgesetzt waren und nach wie vor ihr Gewerbe nur eingeschränkt ausüben können, Möglichkeiten zu bieten und Räume zu gestatten, in denen sie zumindest in kleinem Rahmen, wie beim Herbstfest, unter Corona-konformen Bedingungen arbeiten können. Wir sehen auch an dem Zuspruch in der Bevölkerung für diese Maßnahmen, wie wichtig den Menschen die Volksfeste und Märkte sind. Sie sind Teil unseres gesellschaftlichen Lebens und wir wollen sie auf Dauer nicht missen. Die CDU-Fraktion wird daher Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung des Handels, der Hotellerie und Gastronomie für die gesamte Dauer der Pandemie mittragen und auch weiter forcieren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie schließen Ihre Ausführungen in Ihrer Haushaltsrede mit der Einladung, sich mit Ihnen neben der Aufgabenminderung auch über Einnahmensteigerungen durch Steuern und Abgaben zu verständigen, weil aus Ihrer Sicht die auf uns zukommende Herausforderung anders nicht zu bewältigen sei. Dem widersprechen wir ausdrücklich, dies ist nicht unsere Meinung. Es sind nämlich die Dienstleister, Handwerker, IT-Unternehmen, kleine und große Gewerbeunternehmen, die seit Jahrzehnten zum Wohlstand in Karlsruhe beigetragen haben. Es ist der Wissenschaftsstandort Karlsruhe, der uns mit dem KIT einen Leuchtturm in Wissenschaft und Forschung beschert und Karlsruhe für viele Startups interessant macht. Wir wollen weiterhin Anreize schaffen, damit innovative und kreative Köpfe in Karlsruhe bleiben. Karlsruhe muss sich zu einem attraktiven Gründerzentrum in der gesamten Region und im Land entwickeln. Unsere in Karlsruhe ansässigen Gewerbetreibenden haben in der Vergangenheit viel dazu beigetragen, dass wir durch sprudelnde Steuereinnahmen solide Haushalte hatten und dadurch im Sozialen und in der Kultur unseren Bürgerinnen und Bürgern

vielfältige, gute Angebote und hochwertige Standards bieten konnten. Im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes konnten wir dadurch früher beginnen und mehr leisten als andere Kommunen. Nun ist es an der Zeit, in der unsere Unternehmen die Unterstützung der Stadt Karlsruhe brauchen. Wenn Tausende von Bürgerinnen und Bürger in Kurzarbeit gehen und sich um ihre wirtschaftliche Existenz sorgen müssen, wenn Unternehmer drohende Insolvenzen befürchten und sich besorgt die Frage stellen, ob sie ihren Betrieb ins Jahr 2021 führen können, müssen Stadtverwaltung und Gemeinderat alles tun, um sie mit politischen Entscheidungen zu unterstützen. Dazu gehört sicher nicht, in einer Krisenzeit den Gewerbesteuerhebesatz zu erhöhen. Wo sollen Unternehmen das Geld hernehmen, wenn sie selbst erhebliche Umsatzeinbußen verzeichnen müssen. Jede Erhöhung der Steuern wäre jetzt politisch das absolut falsche Signal an die Wirtschaft und an die Bürgerinnen und Bürger, die den Wirtschaftsstandort Karlsruhe sichern und hier investieren wollen. Darauf hat Frau Erste Bürgermeisterin in ihrer Haushaltsrede zutreffend hingewiesen. Herr Oberbürgermeister, Steuererhöhungen sind gerade in Zeiten einer Krise Gift für die Wirtschaft und mit der CDU-Fraktion nicht zu machen. Wir müssen vielmehr die Wirtschaft mit geeigneten Maßnahmen fördern. Dabei haben Sie die CDU-Fraktion voll an Ihrer Seite. Der viel bessere Weg in diesen Zeiten, den Unternehmen unter die Arme zu greifen, ist es die Gewerbesteuer zu stunden. Danke, Frau Erste Bürgermeisterin.

Eine Erhöhung von Grundsteuern lehnen wir ebenso ab. Wer einerseits bezahlbaren Wohnraum fordert, den wir in einer wachsenden Stadt dringend benötigen, zugleich aber eine Erhöhung der Grundsteuer ankündigt, bewirkt exakt das Gegenteil. Denn Grundsteuern werden auf die Miete umgelegt und führen zu Mieterhöhungen. Aber auch Hauseigentümer im selbst bewohnten Eigenheim träge eine Erhöhung in Zeiten einer Krise schwer. Junge Familien, die derzeit krisenbedingt in Kurzarbeit weniger verdienen, können weitergehende Belastungen kaum stemmen. Karlsruhe muss aber auch für junge Familien ein attraktiver Wohnort bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vorgenannten Ziele braucht die Stadt Karlsruhe. Was wir nicht brauchen, ist, dass finanzielle und personelle Ressourcen der Verwaltung inzwischen regelmäßig mit Themen gebunden werden, die keinen kommunalen Bezug haben. Die Verwaltung wird überfrachtet mit Anträgen aus dem Gemeinderat, die landes-, bundes- oder zum Teil sogar weltpolitischer Natur sind. Dies kann so nicht weitergehen. Hier bitten wir den Oberbürgermeister dringend, dem künftig Einhalt zu gebieten und darauf zu achten, die Einsatzbereitschaft unserer Verwaltung nicht weiter zu überfordern. Wir müssen uns auf die Aufgaben konzentrieren, für die wir nach der Gemeindeordnung originär zuständig sind, dies umso mehr in Zeiten einer Krise.

Ich fasse zusammen: Voraussetzung für einen ausgeglichenen Haushalt ist, dass eine Stadt ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist und für Unternehmen Anreize schafft, sich hier niederzulassen und vor Ort zu investieren. Karlsruhe mit seiner idealen Lage als Dreh- und Angelpunkt der Technologieregion und wichtiger Partner und Teil des PaMiNa Eurodistrikts, ist ein attraktiver Standort und muss es auch künftig bleiben. Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister müssen deshalb viel mehr als bisher auf die Unternehmen zugehen und deren Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigen. Das sichert und schafft Arbeitsplätze, generiert Umsätze und führt zu dringend notwendigen Steuereinnahmen. Genauso wichtig ist eine kluge Ausgabenpolitik, damit der Wohlstand in Karlsruhe und die hohe Lebensqualität erhalten werden können.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie laden den Gemeinderat ein, den Weg der Haushaltsberatungen konstruktiv-kritisch zu gehen. Dies wird die CDU-Fraktion tun. Wir kommen unserer

Verantwortung nach. Wir wollen mit Pragmatismus und Entschlossenheit die Folgen der Corona-Krise, aber auch die der selbstverschuldeten Mehrbelastungen für unsere Stadt abmildern und zugleich Karlsruhe zu einem attraktiven Standort für Wohnen und Arbeiten zukunftsfest gestalten. Ein „weiter so“ wie bisher kann sich Karlsruhe, können wir uns nicht länger leisten und dürfen wir den Bürgerinnen und Bürgern sowie den nachfolgenden Generationen auch nicht zumuten. Die bisherige Haushaltspolitik muss sich deshalb ändern. Eine Ausgabensenkung ist zukünftig dringend erforderlich. Dazu müssen wir in vielen Bereichen endlich priorisieren – so wie dies von der CDU-Fraktion schon seit Jahren gefordert wird. Eine solche ideologiefreie Priorisierung ist dann auch konsequent durchzuhalten.

Jede Entscheidung muss zudem auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden. Dies entspricht unserem Verständnis einer nachhaltigen Stadt- und Haushaltspolitik. Ein solider strukturierter, ausgeglichener und nachhaltiger Haushalt ist und bleibt das Kernanliegen der CDU.

Abschließend möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danken, die an der Einbringung des Haushaltes unter den besonderen Gegebenheiten dieses schwierigen Jahres beteiligt waren. Nur durch ihre konzentrierte Arbeit konnte dem Gemeinderat in diesen schwierigen Zeiten einer Pandemie überhaupt ein Haushaltsentwurf für ein Jahr vorgestellt werden, der Grundlage für unsere Beratungen ist. Dafür danke ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion.

Stadträtin Uysal (SPD): Ich möchte meine Haushaltsrede unter das Motto stellen: Die Zukunft der Stadt beginnt jeden Tag neu.

Und plötzlich ist alles anders! Corona hat die Koordinaten verschoben. Haushaltsplanung in Zeiten der Pandemie ist eine schwierige Aufgabe. Unsere Gesellschaft hat in dieser existentiellen Krise überraschend anpassungsfähig reagiert. Seien wir froh, wie gut unsere politischen Institutionen und Verwaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene funktionieren. Hoffentlich bleibt das so angesichts der aktuellen Entwicklung. Die Stadtverwaltung und Ortsverwaltungen haben die Bewährungsprobe durch die Corona-Krise bisher sehr gut bewältigt. Sie handelten rasch und entschlossen und stellten auf den Krisenmodus um. Corona ist für uns alle ein neues Lernfeld, aber auch ein Stresstest, den wir nur gemeinsam bestehen werden.

Unser aufrichtiger Dank und unsere Unterstützung gilt allen Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, allen sogenannten systemrelevanten Berufen, die dieser Tage überall, auch in unserer Stadt, Übermenschliches geleistet haben und leisten. Wir danken den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, allen Ehrenamtlichen, die in den vergangenen Monaten wichtige Versorgungsleistungen im Interesse aller Menschen aufrechterhalten haben.

Infolge der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Krise war auch für den Haushalt als unserem kommunalen Regierungsprogramm eine völlige Neuorientierung notwendig. Die Rahmenbedingungen für eine Haushaltsaufstellung haben sich stark verändert. Fehlende Einnahmen und höhere Verluste bei unseren Gesellschaften mindern unseren Handlungsspielraum. Bei der Gewerbesteuer, dem kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer, aber auch bei anderen Einkommensarten – wie Gebühren – sind starke Rückgänge zu verzeichnen. Um hier rasch zu reagieren war es sinnvoll, den Doppelhaushalt 2021/2022 aufzugeben und sich zunächst auf den Haushalt 2021 im Sinne eines Not- oder Zwischenhaushalts zu konzentrieren. Zu viele Unsicherheiten hätten einen geplanten Doppelhaushalt zu einem Vabanque-Spiel gemacht. Zwar gibt es inzwischen positive Zeichen: So wollen Bund und Land die Gewerbesteuer-

Ausfälle für das Jahr 2020 offenbar voll ausgleichen, aber es bleiben immer noch zu viele Imponderabilien.

Dieser Haushalt muss daher zu einem Strategie-Haushalt werden, zum Einstieg in eine umfangreiche Qualitäts- und Strukturdiskussion. Werden in diesem Jahr keine entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft gestellt, leidet langfristig unsere Handlungsfähigkeit.

Deshalb werden wir als SPD-Fraktion Prioritäten setzen und nicht zögern, Weichen neu zu stellen. Wir müssen Schwerpunkte verändern, noch genauer fokussieren, aber so, dass die Teilhabe der Menschen, die Attraktivität der Stadt und Zukunftsgestaltung weiterhin möglich sind. Wir sollten nicht gegen Corona, sondern mit Corona planen. Diese Krise wird uns noch lange begleiten. Das kommunale Handeln muss sich den Gegebenheiten anpassen.

Die Zukunft unserer Stadt beginnt jeden Tag neu.

An dieser Stelle möchte ich die Worte unserer Finanzbürgermeisterin aufgreifen: Die Überschrift ihrer Haushaltsrede lautete: „Ohne Prioritätensetzung keine Generationengerechtigkeit“. Generationengerechtigkeit bedeutet für uns lebenslanges Lernen. Der Schlüssel hierzu beginnt mit zieladäquaten Rahmenbedingungen. Als Schulträger ist es unsere Aufgabe, sie zu schaffen und zu garantieren. Die corona-bedingte Schließung der Schulen hat gezeigt, dass wir sie krisenfest und zukunftssicher machen müssen. Sie stehen vor völlig neuen Aufgaben, auf die sie nicht vorbereitet sind.

Ein Schwerpunkt ist die digitale Infrastruktur. Corona fordert Agilität. Die Umsetzung eipassenden, zeitgemäßen Ausstattung muss zügig erfolgen und eine krisenfeste Perspektive für alle Schülerinnen und Schüler eröffnet werden. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mentrup, sehr geehrter Herr Bürgermeister Lenz, dank Ihnen haben wir eine digitale Ausbaustrategie, den Digitalpakt für Karlsruher Schulen, vorangetrieben. Nun müssen wir den Zeit- und Finanzplan an die aktuelle Situation anpassen, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

Die gegenwärtige Krise wird zu gravierenden Folgen im Bildungsfortschritt und in der sozialen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen führen, wenn wir jetzt nicht gegensteuern. Wir müssen unsere Schülerinnen und Schüler auf einen gemeinsamen Lernstand bringen und die Schulsozialarbeit, dort wo Aufstockungsbedarf besteht, nachjustieren. Schulen sind nicht nur Wissensvermittlungsräume, sondern auch Begegnungsräume. Es ist daher höchste Zeit, in die Räumlichkeiten der Schulen zeitgemäß zu investieren und den Sanierungsstau abzubauen.

Die aktuelle Sporthallensituation in Karlsruhe ist angespannt. Umso mehr freuen wir uns auf die baldige Fertigstellung der Sporthalle an der Elisabeth-Selbert-Schule. Dadurch werden einige Kapazitäten geschaffen, aber sie sind bei weitem nicht ausreichend. Schließung von Sporthallen aufgrund dringender Sanierung hat die Konsequenz, dass die Schulklassen mit Bussen und Bahnen in die Nachbarschaftssporthallen fahren müssen. Das wird dem Bildungsplan nicht gerecht, ist alles andere als umweltfreundlich und zeit- und kostenintensiv.

Deshalb beantragen wir, 30 Mio. Euro für die Sporthalle „Zentrum Südwest“ einzustellen.

Eine Abschaffung der Gebühren ist ein wichtiges Signal als Anreiz für Fachschülerinnen und Fachschüler. Dieses Anliegen hat die SPD-Fraktion bereits im Gemeinderat eingebracht, worauf ich heute Bezug nehme. Wir werden die vollumfängliche Abschaffung der Schulgelder für Fachschulen in diesem Haushalt beantragen. Der Stuttgarter Gemeinderat hat es verstanden und

die Gebühren in Stuttgart abgeschafft. Wenn uns jetzt Fachschülerinnen und Fachschüler abwandern nach Rheinland-Pfalz oder nach Stuttgart aufgrund des Schulgeldes, geht es zu Lasten des Standorts Karlsruhe. Investitionen in die Fachschulen sind somit unmittelbare Zukunftsinvestitionen für den lokalen Wirtschafts-, Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Das bezeichnen wir als wahre Wirtschaftsförderung vor Ort. Karlsruhe muss für das Weiterbestehen der Fachschulen mit der Gebührenabschaffung ein klares Signal setzen.

Die Pandemie hat eine erhebliche Auswirkung auf die Wirtschaftssituation in Karlsruhe. Kleine und mittelständische Betriebe sowie Selbstständige wurden besonders hart getroffen. Sie verfügen in der Regel über wenig Rücklagen und nur eingeschränkten Zugang zu Krediten. Es ist daher an uns als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, in dieser Krise besonnen, mit Augenmaß und Gestaltungskraft darauf zu reagieren. Im Falle der ökonomischen Auswirkungen ist es geboten, die wegbrechende Nachfrageseite in der Wirtschaft durch Ausgaben des Staates zu kompensieren oder sogar zu stimulieren. Wir sollten hier ebenso wie das Land und der Bund investieren und nicht am falschen Ende sparen.

Die Stadt Karlsruhe kann sich glücklich schätzen, dass sie eine exzellente, zukunftsfeste Branchenstruktur hat. Vor allem sind wir stolz auf unsere vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft.

Wir haben in den guten Jahren unser Haushaltsdefizit signifikant reduziert und können nun zur Überwindung der Krise auch Schulden in Kauf nehmen. Wenn wir jetzt investieren, besteht die Chance, dass wir in wenigen Jahren wieder eine gute Einnahmesituation in Karlsruhe haben werden.

Unsere Betriebe, Hotels, Gaststätten und ähnliche Einrichtungen sind angeschlagen und teilweise existenzgefährdet. Hier ist eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung wichtig, die ihre Ermessensspielräume, zum Beispiel bei Genehmigungen, im Interesse der Betroffenen nutzt. Wir wollen alle politischen Maßnahmen unterstützen, die der Handlungsfähigkeit unserer Wirtschaft und dem Erhalt der Arbeitsplätze dienen. Wir fordern die Verwaltung auf, Einsparpotenziale in mittelständischen Unternehmen zu identifizieren und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz vorzuschlagen. Es soll ein entsprechendes Konzept erstellt werden, wie der Energieverbrauch beim Mittelstand reduziert werden kann.

Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik, die die Klimaziele in den Vordergrund stellt und sozial gerecht und wirtschaftlich ist. Menschen und Unternehmen sind auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen, die attraktive Mobilitätsangebote ermöglichen. Auch diese Aufgaben stellen sich unserer Stadt jeden Tag neu. Wir fordern eine verlässliche und bürgernahe Mobilität. Klimaziele erreichen heißt: die Aufenthaltsqualität in unseren Städten verbessern. Wir müssen den Mut haben, weiterhin in den Ausbau zu investieren, um die Zahl der Autos auf den Straßen zu verringern. Aber eines ist klar: Wir dürfen nicht die einzelnen Mobilitätsmöglichkeiten gegeneinander ausspielen. Es muss Ziel der Verkehrspolitik sein, dass Menschen und Unternehmen bei der Verkehrsmittelwahl flächendeckend Alternativen zum motorisierten Individualverkehr haben. In Innenstädten muss der öffentliche Verkehr attraktiver sein als die Nutzung des Pkw; in Stadtregionen muss der öffentliche Verkehr konkurrenzfähig und bezahlbar sein und in ländlichen Räumen eine ausreichende Mobilität sichergestellt werden. Die Nahmobilität soll überall zu Fuß und mit dem Rad auf geeigneten Verkehrswegen sicher und attraktiv möglich

sein. Wir sind in aller Deutlichkeit für eine schlüssige und zukunftstaugliche Gesamtstrategie für den ÖPNV.

Die Möglichkeit, verbilligte oder kostenfreie Nahverkehrstickets anzubieten, wird aktuell breit diskutiert. Dass wir über die Gestaltung der Tarifstruktur im Allgemeinen diskutieren müssen, ist unumgänglich. Um dauerhaften Fahrgastzuwachs oder Neukundeneffekte zu erzielen, müssen wir ein Gesamtkonzept für unsere Bürgerinnen und Bürger verabschieden, das Stichworte wie Infrastruktur, Teilhabe, Verlässlichkeit und Sicherheit beinhaltet. Die geplante Home-Zone mit attraktiven Preisen des KVV ist ein guter nächster Schritt für die Gesamtkonzeption. Als SPD-Fraktion werden wir einen Antrag stellen, bei dem alle Kinder und Jugendlichen unter 25 Jahren, die den Karlsruher Kinderpass oder Karlsruher Pass in Anspruch nehmen, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen dürfen. Die Bildungsmobilität ist eine wesentliche Determinante in der Diskussion um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Die Aufstockung der KVV Nextbike-Flotte um 300 Räder wurde zunächst unter dem ausdrücklichen Finanzierungsvorbehalt für den Haushalt 2021 beschlossen. Leider wurde die Aufstockung der Räder jetzt wieder gestrichen. Für die weitere Entwicklung dieses erfolgreichen Systems ist das sehr bedauerlich. Andere Städte haben auf dem Höhepunkt der Krise eine Aufstockung von Nextbike-Flotten vorgenommen. Dieses Anliegen werden wir im Haushalt vehement unterstützen, um unserem Ruf als fahrradfreundliche Stadt weiterhin gerecht zu werden.

Zur Steigerung der Kapazitäten des ÖPNV gehört die Optimierung von bestehenden Bahnstrecken und die Einführung neuer Anbindungen und Streckenabschnitten. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Diskussion um den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Karlsruhe - Mannheim für uns nicht nur ein Anlass, sich für den Schutz von Stadtteilen und Anwohnern gegenüber Lärm einzusetzen, sondern ausdrücklich eine Chance, um bei intelligenter Trassenführung das Netzangebot des KVV, des Karlsruher Modells, zu stärken.

Trotz eines Konsolidierungsbedarfes ist es uns wichtig, ein soziales Augenmaß zu wahren. Die Krise hat uns bewusst gemacht, was Solidarität bedeutet. Ein positiver Effekt ist eine stärkere Gemeinwohlorientierung aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt, deren soziale Zukunft jeden Tag neu angegangen werden muss, getreu meinem Motto für diese Haushaltsrede. Die Sozialausgaben der Kommunen steigen ungebremst. Dies ist keine neue Erkenntnis, aber sie gewinnt Jahr für Jahr an Relevanz. Denn die Folgen sind erheblich und gefährden mehr und mehr nicht allein die Funktionsfähigkeit der Gemeinden und Kreise, sondern auch die Lebenschancen der Menschen. Die Kommunen sind die Seismographen des Sozialstaats. Die großen gesellschaftlichen Trends werden zuallererst in den Kommunen spürbar: Veränderte Familienstrukturen, Migration, Inklusion sowie nicht zuletzt die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft verlangen nach Antworten auf kommunaler Ebene. Diese Antworten heißen – zum Beispiel: Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, Entwicklung altersgerechter Wohnquartiere, Schaffung eines barrierefreien Umfelds sowie Umsetzung erfolgreicher Integrationskonzepte.

Eine der größten Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft ist die zuverlässige Kinderbetreuung. Unser erklärtes Ziel ist weiterhin eine gebührenfreie Kindertagesbetreuung. Auf dem Weg dorthin müssen wir eine Erhöhung der Gebühren abwenden. Dies erreichen wir durch eine Steigerung des Erstkinderzuschusses, die wir im Haushalt beantragen werden. Vor allem müssen wir an dieser Stelle glaubwürdig sein; wir haben mit einer großen interfraktionellen Mehrheit

versichert, dass die Beiträge nicht weiter steigen, sondern sinken. Diesen Worten müssen wir auch in diesem Haushalt Taten folgen lassen.

Wir begegnen der älter werdenden Gesellschaft durch aktives Handeln. Dazu gehören aus sozialdemokratischer Sicht beispielsweise die Initiierung des Projekts innovative Pflege genauso wie die leider noch notwendige kommunale Kofinanzierung der Kurzzeitpflege, für die wir wieder Mittel im Haushalt beantragen werden. Dass dem Quartier eine immer größere Rolle zuteilwird, begrüßen wir ausdrücklich.

Als nach wie vor wichtigste Instrumente der Karlsruher Armutsbekämpfung sehen wir den Karlsruher Pass und Kinderpass an. Sie ermöglichen finanziell schwächer gestellten Menschen Teilhabe und sind daher unerlässlich für die soziale Stadt. Mit starken Partnern wie dem Stadtjugendausschuss werden wir weiter daran arbeiten, Armut in dieser Stadt gezielt zu bekämpfen.

Junge geflüchtete Menschen wollen Leistungen erbringen. Wir sollten das zulassen und fördern und sie mit Perspektiven versehen. Unseren Willen zu einer aktiven Integrationspolitik unterstreichen wir mit dem vorliegenden Haushalt deutlich. Beispielhaft seien die Projekte „Perspektive Now!“ und „SCHEFF“ genannt, die einen wertvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Bildung leisten.

Noch nicht am Ziel sehen wir uns bei der Umsetzung der Istanbuler Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Hier werden wir nicht zuletzt in diesem Haushalt aktiv werden müssen, um dem Rechtsanspruch und damit einer klaren Verpflichtung der Kommune zu entsprechen.

Unser Ziel muss eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung in Karlsruhe sein. Auch davon hängt die Zukunft unserer Stadt ab. Wir freuen uns über den Baufortschritt bei den Neubauten des städtischen Klinikums und die gleichzeitige Altbaurenovierung. Beides muss in den nächsten Jahren zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden, damit das Klinikum für die medizinischen Aufgaben der Zukunft gerüstet ist. Dringend handeln müssen wir bei der Sicherung des Personalbedarfs. Mehr Personal in der Pflege gewinnen wir, indem wir die generalistische Pflegeausbildung stärken. Um der Arbeitsverdichtung im pflegerischen und ärztlichen Bereich entgegenzutreten, bedarf es auf der Grundlage einer attraktiven Arbeitsplatzgestaltung und flexibler Arbeitszeitmodelle weiterer Maßnahmen zur Personalgewinnung in allen Bereichen des Klinikums. Deshalb begrüßen wir den Aufbau und die Arbeit des Pflegebündnisses der Technologieregion Karlsruhe. Wir stehen als Fraktion ohne jeden Vorbehalt hinter unserem Klinikum. In der aktuellen Situation erkennen wir einmal mehr, wie wichtig es ist, dass sich das Klinikum in kommunaler Hand befindet.

Eine weitere sozialdemokratische Herzensangelegenheit ist die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. Wir werden den Wohnungsbau nicht dem Markt überlassen dürfen. Die Andeutung unserer Finanzbürgermeisterin, die Volkswohnung könne einen angemessenen Gewinnanteil an die Stadt abführen, lehnen wir grundsätzlich ab. Die Volkswohnung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung und Werterhaltung der Quartiere und wirkt dem Wohnraumangel in unserer Fächerstadt intensiv entgegen. Eine Abführung der Gewinnausschüttung an die Stadt würde den Handlungsspielraum und den Kurs der Volkswohnung massiv beeinträchtigen.

Die Gewährleistung eines zügigen, transparenten und verlässlichen Baugenehmigungsverfahrens sollte unser Serviceanspruch sein. Das zuständige Dezernat möge eine entsprechende Strategie vorlegen. Sollte dies nur mit Stellenerhöhungen im Bauordnungs- und Stadtplanungsamt zu bewerkstelligen sein, werden wir diesen Weg mitgehen. Der Grundsatz: Mut zu neuen Wohnprojekten ist von großer Bedeutung, Mut neue Baugebiete auszuweisen, Mut alternative Wohnungslandschaften zuzulassen, Mut seniorengerechtes Wohnen zu realisieren und Baugruppen zu unterstützen. Zur Ordnung und zur Steuerung des Boden- und Wohnungsmarktes sowie zur Erleichterung einer Bodenvorratspolitik setzt sich die SPD für die Einräumung eines allgemeinen Vorkaufsrechts durch die Stadt an bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Wohnungen auf dem Gemeindegebiet ein.

Die SPD bekennt sich dazu, dass Karlsruhe die soziale Wohnraumförderung von Bund und Land weiterhin gezielt ergänzt und dafür die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt.

Im Zuge der Energiewende sind die Anforderungen an unsere Stadt gestiegen. Der Klimawandel wirkt sich im lokalen und regionalen Maßstab gegenwärtig in Form zunehmender Hitze- und Trockenphasen aus. Wir müssen handeln, gegensteuern. Klimapolitik und sozialer Zusammenhalt müssen zusammengedacht werden. Die Forderungen von Fridays for Future hat die SPD längst verstanden. Sie müssen in eine neue Dynamik eingebracht werden, das heißt in sofortige Handlungsinitiativen auf allen Ebenen, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Karlsruhe ist mit seinem Klimaschutzkonzept auf einem guten Weg. Wir wollen sicherstellen, dass der Einsparpfad hin zur Klimaneutralität eingehalten wird. Alle Konzepte müssen sozial verträglich gestaltet werden. Die Gesellschaft als Ganzes ist gefordert, nicht nur die Jungen.

Wir wollen unsere Stadt weiterhin lebenswert gestalten, das heißt an unserem energetischen Sanierungsprogramm festhalten. Das gilt auch für den Bausektor, bei dem wir uns mehr Energieeffizienz auf die Fahnen schreiben sollten. Um Sanierungen umsetzen zu können, bedarf es mehr Personalstellen in den entsprechenden Ämtern. Meine Fraktion begrüßt im Haushalt 2021 die Aufstockungen von Stellen, die den Stau der Generalsanierung reduzieren sollen.

Eine weitere bewährte Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes, aber auch der attraktiven Arbeitgeberin, ist die Bezuschussung des Jobtickets für städtische Mitarbeiter, die das Nahverkehrssystem preiswert nutzen können. Die Ausweitung der Bezuschussung für Deutsche Bahn-Nutzerinnen und -Nutzer ist von der Verwaltung gewünscht, aber derzeit ausgesetzt. Die SPD-Fraktion wird sich dafür im bevorstehenden Haushalt stark machen.

Ein weiterer Schritt zur attraktiven Arbeitgeberin ist die Digitalisierung von Arbeitsplätzen. Auch sie fordert uns jeden Tag neu heraus. Digitalisierung bietet Chancen für flexibleres Arbeiten und kann damit insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Wir wollen, dass es für alle Beschäftigten der Stadt - mit einem für Homeoffice vereinbarten Stellenprofil - auch die Möglichkeit gibt, mobil zu arbeiten. Vor diesem Hintergrund müssen die technischen Voraussetzungen in allen Dienststellen geprüft und bei Bedarf nachgerüstet werden.

Karlsruhe geht in der Tradition seiner innovativen Stadtgeschichte bei der Digitalisierung voran. Unser Oberbürgermeister ist dafür ein Tempomacher. Es freut uns sehr, dass Karlsruhe im Städtevergleich nun auch offiziell als Stadt mit der smartesten Verwaltung gilt. Das neue digitale Bürgerbüro am Marktplatz ist dabei nur ein Beispiel von vielen. Die digitalen Möglichkeiten

machen die Stadtverwaltung insgesamt bürgerfreundlicher, gleichzeitig bleibt das bewährte analoge Angebot ohne Qualitätseinbußen erhalten.

Unsere Kultureinrichtungen wurden von der Pandemie hart getroffen. Kultur konnte lange nicht stattfinden! Um wenigstens das Schlimmste abzuwenden, hat unsere Fraktion sehr früh um städtische Hilfen für die betroffenen Institutionen angefragt. Gemeinsam konnten wir dann im Gemeinderat Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 2,5 Mio. Euro auf den Weg bringen, so dass corona-bedingte finanzielle Einbußen teilweise kompensiert und die Kultureinrichtungen in Karlsruhe erhalten werden können.

Darüber hinaus tun wir uns verständlicherweise schwer – und da sind wir nicht alleine – in diesem Haushalt Zuschusserhöhungen oder neue Projektförderungen für kulturelle Einrichtungen in Erwägung zu ziehen. Wir werden für den Haushalt 2021 keine institutionellen Anträge für Kultureinrichtungen stellen im Gegensatz zum letzten Haushalt. Wir verweigern uns dabei ausdrücklich nicht, über den ein oder anderen akuten, nicht Corona geschuldeten Notfall zu beraten. So wollen wir beispielsweise Cantus Juvenum unterstützen.

Die Aufrechthaltung des Schwimmbangebots ist ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Schwimmbäder sind eine notwendige, attraktive kommunale Infrastruktur und ermöglichen Schul- und Vereinsschwimmen. Wir sind stolz auf unsere Bäderlandschaft, die gerade in der Coronazeit die Bevölkerung aufgefangen hat und eine gute Ergänzung für Nichturlauberinnen und Nichturlauber war. Bäder sind eine der am meisten genutzten kommunalen Einrichtungen. Die Unterhaltung eines Schwimmbades ist in der Regel kostspielig und oft defizitär. Das bedeutet, jeder Schwimmbadbetrieb ist zugleich ein Zuschussbetrieb. Das allein ist aber kein Argument gegen Schwimmbäder, denn sie übernehmen soziale, kommunikative und gesundheitspräventive Aufgaben. Daher werden wir am Erhalt unserer Bäder festhalten. Wir sehen einen dringenden Bedarf in Neureut. So können wir im wachsenden Norden dem Schul- und Vereinsschwimmen gerecht werden; auch würde man neu zugezogenen Familien einen Raum für Erholung und Freizeit schaffen.

Beim Sport- und Freizeitpark „Untere Hub“ beharren wir weiterhin auf zügiger Weiterbehandlung, denn seit Februar 2020 ist die Planung fertig. Hier kommt es nicht nur zu einem Quantensprung für die Durlacher Sportvereine, sondern durch die Umsiedlung werden Flächen für den in Durlach dringend benötigten Wohnraum frei.

Wir werden uns bei der Haushaltsverabschiedung 2021 an neue Gegebenheiten gewöhnen müssen. Wir leben in einer Zeitenwende. Die Corona-Krise bietet sich nicht an für politische Grabenkämpfe und Auseinandersetzungen. Wir müssen gemeinsam und solidarisch viele Aufgaben bewältigen.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass unsere Stadt nicht nur zusammenhält, sondern auch weiter handlungsfähig bleibt. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir unseren Haushalt auf sichere Beine stellen. Wir stehen vor finanziellen Herausforderungen. Für uns bedeutet vorausschauende Finanzpolitik, in schlechten Zeiten zu investieren und in guten Zeiten Schulden abzubauen. Sparen um jeden Preis ist nicht die Antwort und schon gar nicht die Lösung, denn falsches Sparen kann sehr teuer werden. Prioritäten, Einsparpotenziale und Notwendigkeiten müssen hinterfragt werden. Wir können ein starkes Zeichen setzen. Karlsruhe ist stark, Karlsruhe gestaltet die Zukunft, Karlsruhe ist der Ort,

wo es sich lohnt zu leben, zu arbeiten und Unternehmen anzusiedeln. Lassen Sie uns zuversichtlich und mutig sein.

Zum Schluss möchte ich im Namen meiner Fraktion einen Dank aussprechen an die Stadtverwaltung, ihre Betriebe und Gesellschaften und vor allem an den Stadtkämmerer und sein Team für die stets kompetente fachliche Unterstützung unserer Stadtratsarbeit. Ein besonderer Dank gilt unseren engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihre Anregungen die Arbeit der SPD unterstützen. Die Anerkennung gilt auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister. In den letzten Monaten haben Sie ein äußerst erfolgreiches Krisenmanagement geleitet.

Liebe Frau Erste Bürgermeisterin, Frau Bürgermeisterin und Herren Bürgermeister, wir danken Ihnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Helmut Schmidt sagte einmal: „In der Krise zeigt sich der wahre Charakter.“ Lassen Sie uns gemeinsam Charakter zeigen und die Krise gemeinsam bewältigen. Denken Sie daran, „Die Zukunft der Stadt beginnt jeden Tag neu.“

Der Vorsitzende: Wir unterbrechen zum Lüften für 10 Minuten und setzen um 17:20 Uhr die Sitzung pünktlich fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:10 bis 17:20 Uhr)

Stadträtin Böringer (FDP): Wie hält man eine Haushaltsrede, ohne tragfähigen Haushalt? Wie blickt man auf 2021, wenn wir gar nicht wissen, wie das gesellschaftliche Leben in den nächsten Tagen weitergeht?

Herr Dr. Mentrup, in der Vorbereitung auf meine erste Haushaltsrede habe ich die vergangenen Reden meiner Vorgänger der FDP-Fraktion studiert. Alle besagten, Ihnen sei die Haushaltsrede misslungen, Ihnen fehlten Visionen, Ihnen mangelte es an Gestaltungswillen. So gerne hätte ich die Reden meiner Vorgänger heute widerlegt. Erschreckend ist, dass ich die Lage noch schlimmer vorfinde. Mir bleibt nur übrig zu konstatieren: Meine Vorgänger hatten Recht, allerdings waren damals die Kassen voll.

Ihre Rede zum Haushalt, Herr Oberbürgermeister, blieb ungenau, vage und gestaltungsarm. Statt Antworten zu geben, stellten Sie Fragen. Sie nutzten gar die desaströse Haushaltslage, um Schreckgespenster wie eine Erhöhung der Gewerbesteuer oder eine City-Maut in Erwägung zu ziehen. Herr Oberbürgermeister, das ist jetzt ein fatales Signal für die Wirtschaft, den Handel, die Gastronomie, Hotellerie und das Handwerk in unserer Stadt. Wenn das der Inhalt von „Karlsruhe. Gemeinsam. Gestalten“ sein soll, wird mir angst und bange.

Meine Damen und Herren, diese Haushaltslage stellt uns alle vor besondere Herausforderungen. Ich freue mich, diesem mutigen Gremium anzugehören, das sich den Aufgaben stellt. Das Ziel solider Finanzen und einer stabilen Zukunft für unsere Stadt sollten wir alle im Blick haben. Ich möchte es deutlich sagen: Wir dürfen die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht dem Schicksal überlassen, wir müssen dieses gestalten.

Grundsätzlich müssen wir festhalten, dass in den letzten Jahrzehnten gut gewirtschaftet wurde. Sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin, ich bin nicht mit allen Ideen aus Ihrer Rede

einverstanden. So sehe ich die Volkswohnung selbst als notwendigen Partner bei der Schaffung von bezahlbarem und klimagerechtem Wohnraum. Die Idee, hier Gelder für andere Aufgaben abzuziehen, steht dem Ziel, in Karlsruhe das Wohnen nicht zu verteuern, entgegen und wird von uns abgelehnt.

(Vereinzelter Beifall)

Aber ich bin dankbar für Ihre schonungslose Darstellung der desaströsen Haushaltslage. Sie stellten fest, ich zitiere: „Die Kommunen sahen sich bereits an einem Scheidepunkt, bevor COVID-19 sich ausbreitete.“ – Zitat Ende. Die alarmierende Lage des Haushalts war also bereits vor der Pandemie bekannt.

Betrachten wir also den vorgelegten Haushalt. Der Sozialetat ist auch in diesem Jahr wieder der größte Posten im Haushalt. Wir sind froh, dass Karlsruhe so viele Angebote zur sozialen Teilhabe machen kann. Das soziale Gleichgewicht in unserer Stadt darf nicht gefährdet werden. Der soziale Zusammenhalt einer Kommune darf nicht durch Ausgaben für Klimawandel, Wohnen, Bildung und vieles mehr in Schieflage geraten.

Dies soll auch der FDP-Fraktion-Leitfaden sein: Bestehendes soll erhalten bleiben, Existenzen gesichert, corona-bedingte Ausfälle ausgeglichen werden. Aber Neues wird nicht geschaffen werden können. Wer bei dieser Haushaltslage auch noch die freiwilligen Leistungen erhöht, verkennet letztlich die Auswirkungen auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die jetzigen Akteure in den diversen Bereichen sollen die Sicherheit haben, dass ihre Arbeit gewürdigt ist und fortgeführt werden kann.

Die vielfältige Kulturszene Karlsruhes muss erhalten bleiben. Ein Kultursterben gilt es zu verhindern. Wir haben Verständnis dafür, dass viele Akteure notwendigerweise eine Angleichung der Finanzmittel benötigen. Für das kommende Haushaltsjahr werden wir dies nicht bewältigen können. Über Erhöhungen wollen wir gerne bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts sprechen.

Der Sport in unserer Stadt, mit seinen eigenverantwortlichen „besitzenden Vereinen“ entlastet die Stadt finanziell und strukturell. Das Tennisturnier in Rüppurr, das Indoor-Meeting, die PSK-Lions oder der KSC sind sportliche Leuchttürme für unsere Stadt. Wir stehen zu diesen Lichtgebern, aber auch zu den kleinen Leuchtfeuern wie unseren Schwimmbädern, den vielen Bolz- und Sportplätzen oder den zahlreichen Vereinen des Breitensports. Spitzensport und Breitensport bedingen sich einander, sie gehören zusammen, sind die beiden Seiten einer Medaille. Ein Stadionneubau wird in unserer Stadtgesellschaft nur akzeptiert, wenn wir auch Vereine, Bäder und Bolzplätze auf der unteren Ebene mitnehmen. Dafür steht die FDP.

Soziales, Kultur und Sport sollen wissen: Die Existenzen jedes Einzelnen sollen gesichert werden. Ausbau der Strukturen ist bei diesem Haushalt nicht möglich. Deutlich machen möchte ich: Diese Entscheidung ist eine Folge aus der vorgelegten Haushaltslage, und nicht freie Wahl der FDP-Fraktion!

Und dennoch möchten wir von der FDP festhalten: Wir müssen die Schwachen mitnehmen, wir müssen die ältere Generation berücksichtigen, wir müssen den Benachteiligten helfen. Das sind

die „Mitnahmeeffekte“, die in unserer Gesellschaft wirtschaften sollen; evident, relevant und nachhaltig sind.

Wir wissen, dass Bildung der Schlüssel zur Zukunft ist. Daher wünschen wir uns die beste Qualität und ein vielfältiges Bildungsangebot. Der hochqualitative und professionelle Kindergarten mit durchdachten pädagogischen Konzepten ist ein integraler Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Wir möchten unsere Kitas gemeinsam mit den privaten Trägern entwickeln. Daher unterstützen wir die schon seit langem beschlossene Deckelung der Elternbeiträge für die Kitas. Die Diskussion über eine mögliche Beitragsfreiheit sollte auf Landesebene geführt werden.

Gerne hätte ich für den Bereich Umwelt heute über Errungenschaften, erreichte Ziele und Umsetzungen gesprochen. Ich kann aber nur ein Klimaschutzkonzept erwähnen, das bisher nicht finanzierbar scheint. Ich bedauere, dass wir immer noch über Blümenträume reden anstatt eine CO₂-Bilanz den Kosten gegenüber zu stellen. Wir fordern, die angestrebten Maßnahmen in ein Kosten-Ergebnis-Bild zu setzen. Damit meine ich: Welche Maßnahme können wir uns finanziell leisten und welche CO₂-Ersparnis bringt diese. Wir müssen der CO₂-Ersparnis entlang priorisieren und nicht die Priorität nach den jeweiligen Wahlprogrammen gestalten. Nur dann erreichen wir Ziele, gestalten unser Schicksal und nehmen die Menschen mit. Wir setzen auf Anreize, auf ein Miteinander von Mensch und Natur, wir wenden uns gegen die Provokation und das Herbeireden sozialer Verwerfungen. Als Freie Demokraten wirken wir auf Landes- und Bundesebene daraufhin, den menschengemachten Klimawandel zu verlangsamen. Es muss um die Erreichung der von uns gesetzten Ziele gehen, wie der Klimaziele von Paris. Dazu bekennen wir uns als FDP-Fraktion ausdrücklich. Wir müssen diese Herausforderungen gemeinsam, auch europäisch und international meistern. Karlsruhe kann hier Vorbild sein und sollte diese Rolle auch annehmen. Kleinteilige Verbote sind nichts mehr als Symbole auf Kosten der gesellschaftlichen Akzeptanz. Gleichzeitig wollen wir die organische Speicherung von CO₂ vorantreiben. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo bleiben denn die innovativen Holzbauten in Karlsruhe? Das Land hat dazu sogar ein Programm aufgelegt. Hier können wir kommunal aktiv werden. Nebenbei erwähnt, unsere Idee zu künstlichen Bäumen zur Luftreinhaltung wurde hier im Rat nur belächelt.

Das KIT bietet uns für alle oben genannten Wege eine umfassende Expertise und wäre ein strategischer Partner. Lassen Sie uns innovativ denken. Innovativ sollten wir ebenfalls den Mobilitätssektor betrachten. Mobilität ist multimodal – und hier ist Karlsruhe gut aufgestellt. Multimodal heißt aber auch, dass das Auto dort, wo es im multimodalen Konzept sinnvoll genutzt wird, auch seine Berechtigung hat: Eine City-Maut mag vielleicht in großen Städten, wie in London, Paris oder Mailand, ihren Sinn haben, keinesfalls aber im vergleichsweise kleinen Karlsruhe. Der ruhende Verkehr muss gesteuert werden, der öffentliche Raum ist nicht beliebig vermehrbar. Wir halten es deshalb für kontraproduktiv, Parkraum in Parkhäusern – die ja den öffentlichen Raum gerade nicht belasten – zu reduzieren. Sinnvoller wäre es eher, hier kaum genutzte Parkhäuser, wie am Festplatz oder unter dem Schlossplatz, attraktiver zu machen. Radabstellanlagen gehören nicht in die hierfür unattraktiven Parkhäuser. Diese müssen ortsnah angeboten werden. Warum nicht wie zum Beispiel Utrecht innerhalb geringgenutzter Geschäftsräume, kombiniert mit Einzelhandelsnutzungen?

Beim Gesundheitssektor möchte ich ein Thema herausgreifen: Das Klinikum ist zum Sorgenkind geworden. Aus verschiedenen Gründen, wenn man genauer hinschaut. Wieso erhält das Klinikum Karlsruhe als das einzige Maximalversorgungshaus für die gesamte Region von der

Landesregierung nicht den gleichen Ausgleich für die Corona-bedingten Mindereinnahmen wie die anderen Maximalversorgungshäuser des Landes?

(Vereinzelter Beifall)

Die zuständige Dezernentin entstammt doch der regierenden Partei. Wo ist der Gesprächsansatz? Dass andere als Universitätskliniken firmieren, rechtfertigt keinen Unterschied, der Versorgungsauftrag ist der Gleiche und die Auswirkungen der Pandemie auch.

Und wieso muss denn die Kommune überhaupt erhebliche Steuermittel in das Klinikum einbringen, da doch nach geltendem Recht schwerpunktmäßig die Krankenkassen für den Betrieb und das Land für die Investitionen zuständig sind? Das beliebte Spiel, finanzielle Belastungen auf die Kommunen abzuwälzen, nur, weil die Rathäuser den Druck der Bürger eher spüren als die Ministerien – das ist kein gutes Spiel und sollte beendet werden. Die FDP-Fraktion steht zum Klinikum gerade in diesen unruhigen Zeiten, wir werden die Entwicklung solidarisch, zugleich aber auch kritisch begleiten.

Kritisch sehen wir aber auch die neuen Großprojekte in der nahen Zukunft. Sehr geehrter Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Gestaltung wollen wir in dieser Stadt denn noch vornehmen? Herr Bürgermeister Fluhrer hat mit dem „UFO“ noch keine fremden Galaxien erforscht und bringt schon den nächsten Entwurf auf dem Reisbrett zur Kunsthalle. Einer neuen sogenannten Stadterfahrung auf 95 Metern. Die Stadthalle steht immer noch als Bauruine herum und für die Sanierung der Europahalle erhalten wir jetzt einen Zuschuss vom Bund, der hoffentlich kein Tropfen auf den heißen Stein werden wird. Das ist keine Gestaltung. Bei all den gleichzeitig begonnenen Projekten fordern wir ein Aufgabenmoratorium. Die vorhandenen Personalressourcen müssen zielbewusst eingesetzt werden. Wir müssen selbstverständlich die bestehenden Projekte abarbeiten und dann erst neue beginnen.

Abschließend möchte ich mich kurz den Aspekten Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt widmen. Wir brauchen wesentlich stärkere Beleuchtung in Straßen und an Plätzen, an denen die subjektive Sicherheit leidet. Dies könnte ebenfalls einer zu großen Verschmutzung vorbeugen. Wir wollen, dass sich jeder in Karlsruhe sicher bewegen kann und sich ebenso sicher fühlt. Technik und Personal müssen hierfür auf den Prüfstand. Verschmutzungen, die die Aufenthaltsqualität in der Stadt schmälern, müssen rasch entfernt werden. Wir hoffen, dass die zukünftige Stadtmöblierung auch ausreichend Abfallbehälter vorsieht. Eine saubere und sichere Stadt ist auch ein erster Baustein für ein notwendiges, ganzheitliches Einzelhandelskonzept der Karlsruher Innenstadt.

Den Mitarbeitenden an diesem Entwurf des Haushaltsplans möchte ich meinen Dank aussprechen. Vielen Dank, dass Sie uns dieses Werk vorgelegt haben und für unsere Rückfragen jederzeit zur Verfügung stehen.

An dieser Stelle möchte ich einen Punkt zur Personalverantwortung nennen, der eben auch mit dem Haushalt zu tun hat: Der Mangel an Personalverantwortung des amtierenden Oberbürgermeisters in Teilen der Stadtverwaltung und beim Staatstheater erzeugt nicht nur persönliches Leid bei den Betroffenen, sondern verursacht auch unnötige Kosten, die ein „Gestalten“ nachhaltig verunstalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Immanuel Kant zitieren: „Der Ziellose erleidet sein Schicksal - der Zielbewusste gestaltet es.“

Herr Dr. Mentrup, alle von mir angesprochenen Aspekte wurden in Ihrer Amtszeit jedes Mal von der FDP-Fraktion kritisiert. Bisher waren allerdings die Kassen voll. Sogar ein Haushaltsstabilisierungsprozess hat stattgefunden. Am Ende Ihrer achtjährigen Amtszeit sind die Kassen leer. Nicht wir Stadträtinnen und Stadträte müssen die Schieflage des Haushalts erklären und gegensteuern, das ist die Aufgabe des Oberbürgermeisters.

(Zurufe)

Der Ziellose wird sein Schicksal erleiden – die FDP-Fraktion fordert eine zielbewusste Kraft zur Gestaltung unserer badischen Residenz.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der uns von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf birgt keine Überraschungen. Sie meinten in Ihrer Haushaltsrede, wir sollen uns nicht Bange machen lassen, präsentieren aber selber ein düsteres, Angst machendes Bild der städtischen Finanzen. Und die Mehrheit dieses Hauses lässt sich von Ihnen ins Bockshorn jagen. Für meine Fraktion nicht überraschend, wird vom Gemeinderat so getan, als wären diese Zahlen quasi gottgegeben und alternativlos, als hätten wir überhaupt keine eigenen Handlungsspielräume mehr. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, das stimmt nicht. Der vorgelegte Haushalt ist nur der Ausdruck der Politik des Oberbürgermeisters, seiner Idee einer: ich zitiere „politisch strategischen Schwerpunktsetzung“. Das ist sein gutes Recht.

Aber: Die anstehenden Haushaltsberatungen bieten für uns als Gemeinderat wegen oder trotz Corona die Chance, die von uns priorisierten „politisch-strategischen“ Richtungsentscheidungen zu fällen. Und nicht dem Oberbürgermeister sowie seiner Verwaltung nur hinterherzulaufen. Wir, der Gemeinderat, haben es in der Hand, in welche Richtung wir gehen wollen. Wie die Stadt in dieser Situation weiterkommen kann.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf spiegelt in Teilen eine Politik wider, die von unserer Fraktion so nicht gewollt wird. Die Finanzbürgermeisterin hat ihre Prioritäten vor allem darauf gesetzt, Kosten zu sparen und Einnahmen zu generieren. Dies wäre ein guter Weg, wenn es die richtigen Prioritäten und nachhaltigen Konzepte wären, die dem zu Grunde liegen.

Meine Fraktion möchte weder an den falschen Stellen kaputtsparen noch einfach von den Bürgerinnen und Bürgern neue Steuergelder einsacken. Denn unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass ihre Steuergelder für andere Prioritäten als bisher bereitgestellt werden. Für eine Politik, die mehr die gesamte Stadtgesellschaft im Blick hat.

Es gibt einige Felder, die im Haushaltsentwurf der Bürgermeisterbank vernachlässigt werden; dabei halten wir sie für unverzichtbar. Wo sollen unsere Steuergelder also hin?

Priorität hat für uns die Kultur: Das kulturelle Leben in unserer Stadt muss vielfältig bleiben. Das trägt unmittelbar zum sozialen Frieden bei. Ob Sau e. V. im Alten Schlachthofgelände, Centre Culturell, Tiyatro Diyalog, Cantus Juvenum, der Werkraum oder die Kulturküche – hier kommen Menschen zusammen, hier wird Toleranz und Miteinander gelernt und gelebt.

Toleranz und Miteinander werden aber auch seit dem Sommer 2014 von der Flüchtlingshilfe Karlsruhe gelebt und vorgelebt. Alle demokratischen Fraktionen sollten weiterhin der Flüchtlingshilfe Karlsruhe die notwendige Unterstützung gewähren. Noch vor wenigen Jahren hat die Politik in großer Breite die Flüchtlingshilfe für ihre aufopfernde Arbeit als systemrelevant erkannt. Heute wird ihre weitere Arbeit infrage gestellt. Denn die Flüchtlingshilfe ist natürlich nicht bereit, die Geflüchteten, die zu uns kommen, zu selektieren. Weil sie das nicht tut, sieht es im Moment so aus, dass die notwendige Mehrheit hier im Hause nicht bereit ist, die notwendige finanzielle Unterstützung zu gewähren. Rechtsradikale Politiker*innen werden sich darüber freuen.

Auch die aktuell gebeutelte Clubszene und kulturellen Treffpunkte junger Menschen sind „systemrelevant“. Sie brauchen unsere Unterstützung. Ein Nacht-Bürgermeister wäre eine gute präventive Einrichtung. Weniger Polizei und KOD, mehr Aufklärung, mehr Lokalitäten und flexible, verständliche Corona-Vorschriften, die ein Zusammenkommen ermöglichen statt verbieten. Diese Dinge sind von Nöten. In einer breiten, vielfältigen und vielschichtigen Kulturszene werden die demokratischen Werte unserer Stadtgesellschaft gefestigt – und hier muss unser Steuergeld hin.

Priorität haben für uns Bildung und Bildungseinrichtungen: Kostenlose Meister- und Technikerkurse an den Berufsschulen, die Modernisierung unserer Schulbauten und vor allem die Schaffung einer praxistauglichen digitalen Infrastruktur. Der Stadtjugendausschuss braucht eine neue Geschäftsstelle, damit das Anne-Frank-Haus wieder ausschließlich den Jugendverbänden zur Verfügung gestellt werden kann. Der Jüdischen Kultusgemeinde muss bei der Erweiterung ihres Gemeindezentrums unbürokratisch geholfen werden. Aber auch der Majolika muss eine Überlebenschance gegeben werden. Der Gemeinderat und insbesondere die Bürgermeisterbank muss sich an die vor Jahren gemachte Zusage erinnern, dass der Majolika die Immobilie mietfrei überlassen werden sollte. Diese Zusage muss jetzt umgesetzt werden. Bessere Bildungs- und Kultureinrichtungen führen zu mehr Verständnis füreinander, zu mehr Abwägung von Argumenten. Bildung trägt zum Diskurs in unserer Demokratie bei – und hier muss unser Steuergeld hin.

Priorität hat für uns die Stadtplanung: Die Gestaltung des öffentlichen Raums, die Schaffung einer gebauten Umwelt, in der sich die Menschen in unserer Stadt wohl fühlen. Die Volkswohnung will jetzt in der Nordweststadt einen Weg gehen, der für die Stadtplanung ein Signal sein könnte. Damit steigende Preise auf dem Wohnungsmarkt und klimatische Veränderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wird hier behutsam saniert, aber auch neu gebaut werden.

Sie, Herr Oberbürgermeister, sagten in Ihrer Haushaltsrede nicht ein Wort zum Stadtbild, keines zur Nachverdichtung und kein Wort zur Stadtplanung. Dabei sind es doch wir Entscheider, die ganz wörtlich die Zukunft unserer Stadt bauen. Ich nenne nur ein Beispiel: das Forum Recht. Eine Mehrheit im Gemeinderat hat einen von vielen Menschen nicht gewünschten Standort beschlossen. Für ein Projekt, das in der breiten Bevölkerung nicht verstanden wird. Wie auch? Eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung sollte ergebnisoffen sein und Alternativen gleichrangig nebeneinanderstellen. Das Verfahren ist bisher ausschließlich von den Interessen der Auftraggeber geleitet und beherrscht einseitig die offizielle Planung von Bund und Stadt. Jetzt gab es hier im Hause eine zweifellos demokratische Entscheidung. Aber zur Demokratie gehört auch, die unterlegenen Positionen zu beachten. Der Wettbewerb zum Bau des Forums Recht muss auf diese Positionen eingehen, vom weitest gehenden Schutz des Parks bis zu den städtebaulich

bedeutsamen Sichtachsen und dem Denkmalschutz. Besonders die angekündigten Ausgleichsflächen müssen schon heute in der unmittelbaren Nachbarschaft realisiert werden.

Gute Stadtplanung braucht daher intensives Nachdenken, Offenheit für neue Lösungen. Eine gute Stadtplanung und Stadtentwicklung umzusetzen kostet etwas – und darum muss unser Steuergeld hier hin.

Priorität hat für uns der Klimaschutz: Ein klimaneutrales Karlsruhe bis 2030. Es reicht nicht, ein Klimaschutzkonzept zu beschließen und zudem den Klimanotstand auszurufen. Und dann Maßnahmen, die sich daraus ergeben, nicht umzusetzen. Wir brauchen feste Beschlüsse. Im Zuge des Klimaschutzkonzeptes sollten sämtliche Potenziale für Photovoltaik auf öffentlichen und privaten Dächern genutzt werden. Wenn wir das nicht rasch auf den Weg bringen, kostet das in der Zukunft sehr viel unnötige personelle Ressourcen, Zeit und Geld. Der Gemeinderat hat es politisch in der Hand, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen – hier muss unser Steuergeld hin.

Priorität hat für uns eine auf die Zukunft ausgerichtete Mobilität der Menschen: Mobilität sollte günstig und umweltfreundlich und klimafreundlich sein. In Durlach muss ein selbstfahrender Bus eingerichtet werden, von der Straßenbahndstation bis zur jetzigen Talstation der zu sanierenden Turmbergbahn. Das größtewahnsinnige Projekt einer neuen verlängerten Turmbergbahn darf in Corona-Zeiten nicht kommen. Hier könnten viele Millionen im Haushalt eingespart werden. Unser Straßennetz hat seine optimale Größe erreicht oder überschritten. Wir benötigen keine neuen Straßen, die hohe Kosten, Lärm und Luftverschmutzung bedeuten – und hier gehören unsere Steuergelder nicht hin.

Für unsere Fraktion bedeutet eine in die Zukunft gerichtete Mobilität ein besserer und günstigerer ÖPNV. Wir brauchen wieder den Nightliner für alle, die nachts und am frühen Morgen unterwegs sind. Dazu eine Stadtinfrastruktur, die die Wünsche und Bedürfnisse von Fußgängern und Radfahrerinnen in den Mittelpunkt stellt. Ein Radwegenetz, das sich an der Praxis orientiert und nicht wie jetzt aktuell in Rintheim offensichtlich vor allem dem Autoverkehr nutzt. Was wir für all das brauchen, ist ein klarer Blick auf die Zukunft der Mobilität – und hier muss unser Steuergeld hin.

Priorität haben für uns rein kommunale Aufgaben: Allerdings sehen wir nicht, dass der Oberbürgermeister und die Finanzbürgermeisterin bereit sind, ohne Not vom Land übernommene Aufgaben zurückzufahren. Für uns ist das insbesondere der Kommunale Ordnungsdienst. Hier werden für einen polizeilichen Bereich, für den die Stadt nicht zuständig ist, vom Gemeinderat weiterhin hunderttausende Euro im Haushalt durchgewunken. Wir übernehmen also freiwillig Aufgaben des Landes, für die nicht einmal eine Kosten-/Nutzenanalyse stattgefunden hat.

Ganz aktuell sollen jetzt auch noch am Europaplatz hoheitliche Überwachungs-Maßnahmen durch einen großen Konzern durchgeführt werden. Obwohl die Landespolizei darin keinen Sinn sieht, wird mit Unterstützung der Stadtverwaltung und Teilen des Gemeinderates dieses Vorhaben durchgeführt werden. China lässt grüßen. Da hat der Oberbürgermeister schon Recht, wenn er an anderer Stelle von „systemwidrigem Gerade-Stehen“ im Haushalt spricht. Hier gehören unsere Steuergelder absolut nicht hin.

Priorität hat für uns der soziale Frieden in unserer Stadt: Unser besonderes Augenmerk haben diejenigen, die unter Corona besonders gelitten haben: Familien und vor allem Kinder. Während das Finanzdezernat kommentarlos bereit ist, im Bereich der öffentlichen Sicherheit kommunale Steuergelder für eine eindeutige Landesaufgabe aus dem Fenster zu werfen, wird im Gegensatz die drängende soziale, gar sozialdemokratische Aufgabe der kontinuierlichen Verbesserung der Kindertagesbetreuung von der Finanzbürgermeisterin als Problem dargestellt. Gerade für den aktuellen Haushalt sehen wir unsere Priorität in der Sicherung der Kinderbetreuung, in der finanziellen Entlastung von Trägern und vor allem in der Entlastung von Eltern. Für den Zusammenhalt zwischen den Familien, den Generationen und unterschiedlichen Milieus müssen wir die Beratungs-Angebote, Förder- und Freizeitaktivitäten der freien Träger unterstützen – hier muss unser Steuergeld hin.

Priorität haben für uns die Personen, die das Zusammenleben in unserer Stadt organisieren, unser städtisches Personal: Frau Erste Bürgermeisterin sagt, dass wir die Personalaufwendungen der Stadt bremsen müssen. Gleichzeitig will sie qualifiziertes Personal werben. Sie ist aber nicht bereit, diese Fachkräfte entsprechend zu entlohnen. Vielmehr möchte die Erste Bürgermeisterin den Personalhaushalt auf die Tarif- und Besoldungsanpassungen und „prioritäre / strukturelle / Entwicklungen“ begrenzen, was immer das heißen soll.

Fakt ist: Bei den Stellenausschreibungen, zum Beispiel im IT-Bereich, klaffen Anforderungsprofil und Entlohnung weit auseinander. Mögliche hochqualifizierte Bewerber*innen suchen sich lieber angemessen bezahlte Stellen in der freien Wirtschaft. Ein weiterer Fakt ist: Der Bedarf an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern und deren tarifliche Einordnung passt nicht zu einander.

Es ist erst wenige Monate her, dass das Personal unseres Klinikums als Heldinnen und Helden gefeiert wurden. Heute scheint das alles schon vergessen. Das Städtische Klinikum ist nicht bereit, die Gehälter eigenständig so zu erhöhen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut davon leben können. Meine Fraktion will unsere Stadtverwaltung für die Zukunft mit hochqualifiziertem und gut bezahltem Personal ausgestattet wissen. Dazu benötigt es neue Konzepte, Strukturen und neue Wege der Personalgewinnung – hier gehört unser Steuergeld hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in den nächsten Wochen über die Zukunft unserer Stadt entscheiden, werden wir viel über sogenannte „freiwillige Leistungen“ reden. Die meisten von Ihnen werden sich mantramäßig auf den sozialen und insbesondere auf den kulturellen Bereich beziehen. Es wird erklärt werden, dass es hier keine Veränderungen geben darf. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass über 90 % dessen, was im Haushalt steht, „freiwillige Leistungen“ sind. Denn auch unsere Entscheidungen, zusätzliche Infrastruktur in der Stadt zu bauen – ich nenne nur die Kombilösung, das Wildparkstadion, das Staatstheater oder ein besseres Radwegenetz, auch das Glockenspiel am Rathaus oder der neue Ludwigsbrunnen – alles sind freiwillige Leistungen und kosten die Steuergelder aller Einwohner. All das ist nicht gottgegeben oder alternativlos, all das sind politische Entscheidungen dieses Hauses. So sollten wir weiter handeln und entscheiden und nicht den Status Quo verwalten.

Nein, Herr Oberbürgermeister, die Fraktion der Karlsruher Liste und der Partei Die PARTEI lässt sich nicht Bange machen und hat auch keine Angst. Wir wollen stattdessen andere positive Prioritäten setzen in der Verwendung der uns von der Bürgerschaft zur Verfügung gestellten Steuergelder. Wir setzen mit unseren Anträgen Schwerpunkte im sozialen und insbesondere im

kulturellen Bereich. Wenn der Gemeinderat so handelt, schaffen wir es auch. Unsere Fraktion wird sich nicht durch Hasenfüßigkeit auszeichnen. Darum ist es an uns Fraktionen, aus dem Kokon heraus zu kommen, mutige Entscheidungen darüber zu treffen, welche „freiwilligen Leistungen“ wir mit den Steuergeldern unserer Bürgerschaft beschließen. Es ist an uns, diese Chance zu nutzen, Prioritäten zu setzen – für die Menschen in unserer Stadt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vor 40 Jahren war ich etwa einen Kilometer von hier Schüler auf dem Gymnasium. Wir haben damals im Unterricht und auch in unserer Freizeit sehr oft und viel über Politik diskutiert. Damals trafen immer wieder völlig gegensätzliche Meinungen aufeinander: War es die richtige Strategie oder gerade die falsche, dass der Westen versuchte, die Sowjetunion im Rüstungswettlauf zu überholen? Für viele ging es damals um Krieg oder Frieden, um unser aller Zukunft, und dennoch war es völlig normal, dass man sein Gegenüber ausreden ließ und seiner konträren Meinung mit Respekt begegnete. Wir hatten damals eine lebendige Diskussionskultur und eine lebendige Demokratie.

Heute dagegen, nach vielen Jahren großer Koalition im Bund, sind es viele nicht mehr gewöhnt, mit einer Meinung konfrontiert zu sein, die der eigenen direkt widerspricht. Wenn das dann doch mal passiert, ist es einem so unangenehm, dass man seinen Unmut laut ausschreien, den Äußerer der Widerworte am Liebsten als minderwertig disqualifizieren oder mit lautem Rufen übertönen möchte. Lässt man sich jedoch dazu hinreißen, jemanden wegen seiner politischen Anschauung zu diskriminieren, so praktiziert man das Gegenteil von lebendiger Diskussionskultur, das Gegenteil von lebendiger Demokratie.

Daher bitte ich Sie alle, mich genauso ausreden zu lassen, wie all die Redner vor mir. Sie können versuchen, das nun Folgende einfach als den Widerspruch hinzunehmen, den eine lebendige Demokratie braucht, als das Gegenteil, das Ihre eigene Position noch klarer definiert.

Wir von der AfD-Fraktion bleiben nämlich dabei, dass wir als Gemeinderäte verpflichtet sind, den Interessen der Bürger dieser Stadt zu dienen und nicht den Interessen derjenigen, die erst noch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nach Karlsruhe zuwandern möchten. Dass der Zubau immer weiterer Wohnungen nicht automatisch das Problem des knappen Wohnraums oder das zu hohe Mieten löst, kann man eindrucksvoll an der Entwicklung der Stadt München erkennen. Und damit ist auch klar, dass wir unser schönes, grünes Karlsruhe nicht einfach durch Baumaßnahmen zubauen dürfen, sondern nur sehr maßvoll und unter Einbeziehung der Bewohner der jeweils betroffenen Stadtteile verändern dürfen. Zudem muss sich der Zubau neuen Wohnraums harmonisch in das Stadtbild einfügen. Die Infrastruktur, wozu auch unsere Straßen gehören, muss entsprechend mitwachsen, um die Verkehrsproblematik nicht weiter zu verschlimmern. Es ist also sicher der falsche Weg, neue Wohngebiete hinzustellen und dann die Fahrspuren der wichtigsten Durchgangsstraßen der Stadt durch Umwandlung in Radwege zu reduzieren, so wie es die grün-rot-rote Gemeinderatsmehrheit propagiert.

Den Interessen der Bürger dieser Stadt dienen, davon leitet sich alles ab, was wir im Gemeinderat tun müssen: Den Bürgern Sicherheit und eine funktionierende Infrastruktur gewährleisten, ihnen mit leistungsfähigen Unternehmen sichere Arbeitsplätze und verlässliche Gewerbesteuerzahler zur Verfügung stellen, das muss unser Ziel sein, und dabei diejenigen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, nicht vergessen. Das sind unsere Kernaufgaben als Gemeinderat und diese müssen wir erfüllen – insbesondere in Zeiten knapper Kassen und widriger Umstände – bevor wir anfangen zu versuchen, den Rest der Welt zu retten. Wir sind hier in der

Kommunalpolitik, nicht in der EU-, Bundes- oder Landespolitik, und wir müssen mit dem wenigen Geld, über das wir verfügen können, die drängendsten Probleme unserer Kommune lösen. Und dazu gehört nicht – um ganz konkret zu werden – für viel Geld das letzte Kilo CO₂ einzusparen in einer Zeit, in der China - in völliger Übereinstimmung mit den Pariser Verträgen – nur 11 Tage braucht, um seinen CO₂-Ausstoß um etwa so viele Tonnen zu erhöhen, wie wir als Stadt im ganzen Jahr ausstoßen. Denn China, das inzwischen mehr als doppelt so viel CO₂ produziert wie die USA, darf seinen CO₂-Ausstoß nach dem Pariser Abkommen noch bis 2030 erhöhen, während wir in Deutschland von Jahr zu Jahr zum Glück weniger CO₂ freisetzen.

Ich habe es in diesem Haus bereits zu Beginn der letzten Legislaturperiode und danach immer wieder gesagt, und nun hat es endlich auch – wie man in den BNN lesen konnte – die SPD erkannt: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist der falsche Weg, es ist für die Bürger viel zu teuer. Wir sind allein bei der EEG-Umlage bei fast 10 Cent pro Kilowatt-Stunde angelangt. 1999 – vor Beginn der Energiewende – hat bei Yello der Strom insgesamt so viel gekostet wie heute nur die EEG-Umlage: 19 Pfennig pro Kilowattstunde. Für die Energiewende werden die Bürger also vom Bund massiv zur Kasse gebeten, und für die, die es noch nicht wissen: Da kommt ab dem Jahreswechsel noch die neue CO₂-Steuer auf Erdgas, Heizöl und Treibstoffe hinzu. Dabei hat die Verschleierung der Kosten der Energiewende Methode: Bei einer auf einem städtischen Gebäude installierten Photovoltaik-Anlage reden wir immer nur über die Kosten der Anlage selbst. Kein Wort von den Kosten, die nötig werden, weil der Strom nicht nur nachts und im Winter – wie schon immer – vom Kraftwerk in die Fläche verteilt werden, sondern nun durch die Photovoltaik zusätzlich auch für rund ein Viertel der Stunden des Jahres dezentral abgeführt werden muss. Die dafür nötigen umfangreichen Ertüchtigungskosten für Stromnetz, Trafos und dergleichen laufen separat über die Netzagentur und müssen separat vom Stromkunden bezahlt werden, ohne dass die Verursachung durch die Photovoltaik ersichtlich ist. Unter dem Strich lohnt sich städtische Photovoltaik für die Bürger unserer Stadt daher nicht, sie bezahlen die Investition, den Strom, die Netze und die EEG-Steuern und müssen noch einige zusätzliche städtische Angestellte durchfüttern, die man ohne die ganze öffentliche Photovoltaik gar nicht bräuchte.

All dies ist nur ein Beispiel für den umfangreichen unnötigen, rein politisch motivierten städtischen Aufwand, der den Bürgern unserer Stadt nichts bringt außer unnötigen Kosten, und im Bereich CO₂-Einsparung gibt es weitere Beispiele dieser Art. Dabei wäre es so einfach gewesen, den CO₂-Ausstoß in unserer Region gering zu halten, wie unser Antrag auf Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Philippsburg von vor einem Jahr zeigt.

(Zurufe)

Damit hätte man – wie in den 30 Jahren zuvor – Jahr für Jahr bis zu 11 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Es ist offensichtlich, dass es der grün-rot-roten Mehrheit gar nicht darum geht, CO₂ in nennenswerten Mengen einzusparen, nein, das Prinzip der CO₂-Einsparung auch in geringsten Mengen soll dafür herhalten, das Leben in unserer Stadt aus ideologischen Gründen völlig umzukrempeln und die Bürger dieser Stadt umzuerziehen. Und das bürgerliche Lager nimmt das einfach hin, denn alle außer uns haben dem sogenannten Klimapaket zugestimmt. Als Teil davon soll zum Beispiel die Innenstadt vollständig in eine autofreie umgebaut werden – ein Projekt, das über die nächsten 20 Jahre zig Millionen Euro zusätzlich kosten, aber am Ende nicht einmal 3 % der von grün-rot-rot angestrebten CO₂-Einsparung bringen wird. Es bringt so wenig, weil unsere Kfz bereits hocheffizient sind; und dass unsere Diesel-PKW nennenswert zur

Stickoxidbelastung beitragen würden, wurde im Zuge der Corona-Krise im Frühling eindrucksvoll widerlegt: Trotz maximalem Rückgang an motorisiertem Individualverkehr blieben die Stickoxid-Messungen in unseren Städten praktisch unverändert.

Im Bund werden jetzt 11 Mrd. Euro Steuern ausgegeben, um die EEG-Abgabe im Jahr 2021 auf knapp 7 Cent zu deckeln; gleichzeitig werden neue, zusätzliche CO₂-Steuern auf Erdgas, Heizöl, Benzin und Diesel eingeführt. Der Bund bittet also Bürger und Unternehmen wegen dem CO₂ massiv zur Kasse. Deshalb lehnen wir es grundsätzlich ab, die Bürger und Unternehmen unserer Stadt zusätzlich auch noch mit städtischen Weltverbesserungsaktivitäten zu belasten, die so gut wie nichts bringen und dabei hohe Summen verschlingen. Dieses Geld brauchen wir doch so dringend an anderer Stelle, um die notwendigen Aufgaben der Daseinsvorsorge und die vielen nötigen sogenannten „freiwilligen Leistungen“ erfüllen zu können. Dass der Oberbürgermeister die letztgenannten Ausgaben auf den Prüfstand stellen, aber gleichzeitig bis zu 10 neue Stellen für die Durchsetzung von Klimaschutzrepressalien einführen will, lässt bei uns die Alarmglocken schrillen.

Für uns haben stattdessen die Ausgaben Vorrang, die am effizientesten sind, weil sie für relativ wenig Geld große Wirkung entfalten. Ein Paradebeispiel dafür ist die Unterstützung unserer ehrenamtlichen Rettungsdienste, unserer Kultur-, Musik- und Sportvereine in dieser Stadt, denn die Aktiven und die Leistungssportler von heute sind die Vorstandsmitglieder von morgen, die den Fortbestand unserer vielfältigen Vereinslandschaft sichern. Das Karlsruher Prinzip der besitzenden Vereine sorgt für eine möglichst effiziente Verwendung der Mittel, und der Nutzen für unsere Stadtgesellschaft ist enorm: Die Idee des solidarischen Miteinander und der lebenslangen sportlichen Bewegung werden fest im Leben der jungen Vereinsmitglieder verankert und bilden so die Basis für das für unsere Stadtgesellschaft so wichtige ehrenamtliche Engagement der Zukunft.

Frau Luczak-Schwarz hat in ihrer Rede darauf hingewiesen, dass wir nicht erst seit gestern als Stadt über unsere Verhältnisse leben und in den letzten Jahren mehr städtische Stellen geschaffen haben, als es der Bevölkerungszuwachs der Stadt gerechtfertigt hätte. Wir, die AfD, wollten das bereits im Mai stoppen und den weiteren Aufbau von rund hundert zusätzlichen Stellen für dauerhaft über 9 Mio. Euro jährlich zusätzlich verhindern, aber Sie alle waren dagegen. Ihr Wille zum Sparen war zumindest vor sechs Monaten rein theoretisch vorhanden. Wir wissen aber alle ganz genau, dass wir auch mit diesem Haushalt wieder viel Geld ausgeben, das wir gar nicht haben, das also unsere Kinder und Enkel in Zukunft werden zurückzahlen müssen. Dieser Mangel an Generationengerechtigkeit beläuft sich auf über 150 Mio. Euro allein für das Jahr 2021, und das noch ohne Corona, und wir als AfD-Fraktion haben uns Mühe gegeben, möglichst viel von diesem Geld einzusparen, und zwar bevorzugt dort, wo es nicht so weh tut. Dazu haben wir insbesondere die neuen Haushaltstitel unter die Lupe genommen, und Ausgaben, die bereits im letzten oder vorletzten Jahr nicht abgerufen wurden. Und darüber hinaus gibt es etliche Ausgaben, die als Gürtel zusätzlich zum Hosenträger wirklich nicht nötig sind. So ist es völlig unsinnig, nach der Einführung der Zweitwohnungssteuer, die alleine schon Motiv genug ist, sich in Karlsruhe mit Erstwohnsitz anzumelden, immer noch zusätzlich – wie all die Jahre zuvor – jährlich rund 1 1/2 Mio. Euro für sogenannte Willkommensgeschenke für Neubürger hinauszuschmeißen. Dieses Geld muss nun endlich eingespart werden. Genauso halten wir wenig davon, in Corona-Zeiten Prestige-Projekte weiterhin massiv zu subventionieren, die, weil sie nicht mehr vor Ort, sondern nur noch im Internet stattfinden, auch keine Besucher zu uns nach Karlsruhe

bringen. Hier sei beispielhaft die virtuelle Version der Schlosslichtspiele genannt, für die mehr als 300.000 Euro eingeplant sind.

Im Kulturbereich gibt es – noch verstärkt durch den letzten Haushaltskonsolidierungsprozess – massive Ungerechtigkeiten. Daher beantragen wir, den Etat des Badischen Staatstheaters nun endlich um die zu Beginn des Haushaltskonsolidierungsprozesses beschlossenen 4 Prozent der umfangreichen städtischen Zuschüsse zu reduzieren, was immerhin

1 Mio. Euro einspart, und mit diesem Geld die Förderung aller anderen, engagierten Theater dieser Stadt um jeweils 10 Prozent zu erhöhen.

Zu guter Letzt gibt es eine ganze Reihe zusätzlicher Ausgaben, von denen nur Menschen profitieren, die aufgrund ihrer Herkunft besondere Eigenschaften vorweisen können – für uns im ganz klaren Widerspruch zum Grundgesetz-Artikel 3, nach dem niemand wegen seiner Abstammung bevor- oder benachteiligt werden darf. Es ist ein grundsätzliches – auch rechtliches – Problem, dass viele dieser Ausgaben kein Unterschied machen zwischen Fremden, die rechtmäßig hier sind, und illegal Eingewanderten, die keine Bleibeperspektive haben und die auch gemäß der sich abzeichnenden Einigung innerhalb der Europäischen Union zügig abgeschoben werden müssen.

Derartige Ausgaben gibt es nicht nur im Sozialbereich. Sie sind auch in anderen Bereichen des Haushalts zu finden. Wir werden diese Ausgaben wegen der genannten grundsätzlichen Probleme ablehnen. Statt ihrer muss allen Bedürftigen gleichermaßen geholfen werden, unabhängig davon, ob und wie lange sie oder ihre Familien bereits in Deutschland zuhause sind.

Mit den von uns vorgeschlagenen Kürzungen kommen wir auf eine Einsparung von etlichen Millionen Euro. So können wir sinnvolle, effiziente Projekte fördern, weiter in die Sicherheit der Bewohner und Besucher unserer Stadt investieren und am Ende auch noch die Generationengerechtigkeit erkennbar verbessern, weil wir unseren Kindern und Enkeln deutlich weniger dauerhafte Schulden aufbürden als die in der Verwaltungsvorlage enthaltene Summe von über 150 Mio. Euro.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Corona hat uns doch eins aufgezeigt. Krisen können wir nur dann bewältigen, wenn jeder für den anderen einsteht. Wenn wir gerade den Schwächsten in der Gesellschaft helfen, genauso, wie es viele Bürgerinnen und Bürger tagtäglich tun. Diese Form des Zusammenhalts wollen wir als LINKE zur Richtschnur der Politik in dieser Stadt machen. Deshalb gehen wir mit einer klaren politischen Idee in diese Haushaltsverhandlungen. Wir wollen aus der Stadt des Rechts die Stadt der Solidarität machen. Denn Solidarität ist die politische Ablehnung des Konkurrenzdenkens der Ellbogengesellschaft im Kapitalismus, wo jeder auf sich allein gestellt ist. Sie ist der Kern, der eine Gesellschaft zusammenhält – vor, während und nach der Krise. Solidarität gilt besonders für die kommenden Generationen. Angesichts der globalen Entwicklung ist eine aktive Klimaschutzpolitik keine Option, sondern ein Muss. Deshalb lehnen wir das Ausspielen von Sozialem und Umwelt gegeneinander vehement ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP, bitte ersparen Sie uns den peinlichen Versuch in den Haushaltsbehandlungen. Wir wissen doch bereits, dass Sie weder für Sozial- noch für Umweltpolitik stehen.

(Unruhe)

Herr Oberbürgermeister, Sie bezeichneten in Ihrer Rede diesen Haushalt als einen des „Umbruchs“, bevor wir in eine neue „Haushaltspolitik des Aufbruchs zu neuen Zielen“ eintreten. Sie sind aktuell im Wahlkampf – deshalb kann ich Ihre verschönerte Wortwahl verstehen. Aber ich bleibe lieber klar: Der uns von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf ist ein „Haushalt des Stillstands“. Er versagt dabei, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, er verpasst die Gelegenheit, die entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft zu setzen und verweigert sich schlichtweg daran, die drängenden Fragen zeitnah zu beantworten.

Für uns als LINKE ist klar: Dieser Haushalt muss im Zeichen eines sozialen und ökologischen Aufbruchs in ein neues Zeitalter der Solidarität stehen. Die große Mehrheit der Menschen in dieser Stadt muss endlich von der Politik in diesem Gemeinderat profitieren.

Von der Corona-Pandemie sind alle betroffen, doch am meisten leiden diejenigen, die davor schon von verschiedenen, schwierigen Verhältnissen lebten. Gerade in der Stunde der größten Not sind sie es, denen wir zeigen müssen, dass der Staat sie nicht allein lässt, dass das Sozialstaatsversprechen von einst wieder gilt. Die Antwort auf einer der größten Sozialkrisen der letzten Jahrzehnte kann nicht die im Haushalt vorgesehene Nullrunde im Sozialbereich sein. Deshalb werden wir als LINKE beantragen, dass die Sozialträger ausreichend finanziert werden und endlich die Zuschüsse für ihre Leistungen dynamisiert werden. Wir wollen, dass nicht nur mehr Menschen den Karlsruher Pass in Anspruch nehmen können, sondern dass weitere Leistungen ergänzt werden. Wie zum Beispiel, dass es einen kostenfreien Zugang zur Kultur gibt. Denn in einer Stadt der Solidarität hat man besonders die Interessen der Schwächsten der Gesellschaft im Blick.

Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Karlsruher Bilanz der letzten Jahre, weisen Sie einige „vermeintliche“ Erfolge aus. Lassen Sie mich darauf eingehen. In der Frage des sozialen Wohnungsbaus sprechen Sie davon, dass „das Ruder umgerissen wurde“. Die Wahrheit ist, dass wir eine Mietpreissteigerung von 27 % im Zeitraum von 2009 - 2019 in dieser Stadt hatten. Die Anzahl der Sozialwohnungen ist drastisch gesunken. 38 % der Karlsruher Haushalte müssen heute mehr als 30 % ihres Einkommens für die Miete bezahlen. Sie erinnern mich in Ihrer Ausführung eher an den Kapitän der Titanic, der nach dem Rammen des Eisberges stolz verkündet, dass er das Ruder umgerissen hat.

Unsere Vorschläge für eine soziale Wohnungspolitik liegen in den Haushaltsverhandlungen auf dem Tisch. Wir wollen die Menschen in dieser Stadt vor Verdrängung schützen. Deshalb beantragen wir entsprechende Personalstellen im Haushalt, um mit dem Milieuschutz in der Südstadt zu beginnen. Wir wollen mehr Flächen und Wohnungen in die öffentliche Hand überführen – dafür braucht es mehr finanzielle Mittel. Außerdem wollen wir, dass statt großer Immobilienhaien gemeinwohlorientierte Wohnprojekte über eine Koordinierungsstelle bei der Stadt stärker unterstützt werden. Denn in einer Stadt der Solidarität soll sich jeder eine gute Wohnung leisten können.

Herr Oberbürgermeister, Sie rühmen sich dafür, dass Karlsruhe die Fahrrad-Hauptstadt Deutschlands ist. Ja, der Radverkehr hat sich gut entwickelt. Aber wir sehen alle die täglichen Probleme in der Stadt. Zum Beispiel, dass die Fahrradstraßen noch weit weg vom Ideal sind. Oder dass die entsprechende Fahrradinfrastruktur, wie Abstellplätze, in der Stadt fehlen. Über die Probleme des Fußverkehrs möchte ich an der Stelle gar nicht sprechen. Deshalb fordern wir mehr Personal und Ressourcen für eine Beschleunigung des Umbaus zur Fahrrad- und

Fußgängerstadt. Außerdem wollen wir mit einem Radgutschein auch Menschen mit wenig Einkommen unterstützen, damit auch diese am Radverkehr teilnehmen können. Gleichzeitig hat der motorisierte Individualverkehr in den letzten Jahren weiter zugenommen. Wir ersticken noch am Autoverkehr und der gigantischen rollenden Blechlawine in dieser Stadt. Daher müssen wir jetzt den Autoverkehr massiv reduzieren und eine klimaneutrale Mobilität verwirklichen. Denn nur so können wir einer lebenswerten Stadt sowie dem Klimaschutz gerecht werden. Davon ist im Haushalt bisher nichts zu sehen. Das muss sich ändern.

Auch haben wir keine wesentlichen Fortschritte für den ÖPNV erlebt. Der Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen ist sogar gesunken. Die von Ihnen gepriesene Kombilösung wird diese Vorteile auch nicht bringen. Ganz im Gegenteil. Übrigens ist das eines von vielen Projekten, deren Kosten unter Ihrer Verantwortung völlig aus dem Ruder gelaufen sind und worunter wir in Zukunft leiden müssen. An dieser Stelle auch ein vergiftetes Dankeschön an alle Fraktionen, die dieses Projekt und viele bewilligt haben und jetzt sich aufspielen, als hätten sie mit all dem nichts zu tun.

(Unruhe, Zurufe)

Die CDU darf sich gerne davon angesprochen fühlen. Statt der Kombilösung hätten wir lieber die Streckenerweiterungen in den Angriff genommen, die erst jetzt – und damit viel zu spät – beginnen. Und als LINKE wollen wir zurück in die Zukunft: Wir wollen den Nightliner unter der Woche wieder in die Stadt zurückbringen.

Dank der vielen Preiserhöhungen im letzten Jahrzehnt sind wir noch weit entfernt von einem bezahlbaren, attraktiven ÖPNV. Deshalb fordern wir den kostenfreien ÖPNV für Schüler*innen, Azubis und besonders für Menschen mit geringem Einkommen. Denn wir wollen das Recht auf Mobilität in einer Stadt der Solidarität umsetzen.

Beim Klimaschutz geben Sie sich gerne als grüner Oberbürgermeister, als Vorkämpfer. Ich lese den Haushaltsentwurf und stelle fest: Nicht einmal die von der Verwaltung genannten Zahlen für das Klimaschutzkonzept sind entsprechend im Haushalt eingestellt. Wir haben genau drei Jahrzehnte Zeit, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Wir werden gleich im ersten Jahr in einen peinlichen Rückstand geraten, wenn wir Ihrem Haushaltsentwurf folgen.

Liebe Grüne, liebe SPD – wenn Sie nicht mal jetzt die notwendigen Mittel aus dem Klimaschutzkonzept gemeinsam mit uns im Haushalt durchsetzen, machen Sie sich an dieser Stelle völlig unglaubwürdig, auch für die Umweltbewegung. Und keine Sorge, wir haben sogar ein ganzes Antragspaket vorbereitet. Sie müssen also nichts weiter tun, als unseren Anträgen im Haushalt zuzustimmen. Denn in einer solidarischen Stadt retten wir auch das Klima.

Die Karlsruher Kulturlandschaft ist Herz und Seele dieser Stadt. Diese trifft Corona mitten ins Herz. Die ohnehin schwierige Situation vieler Kulturschaffenden hat sich verschärft. Im Haushalt ist von der Corona-Krise im Kulturbereich erstaunlicherweise nichts zu sehen. Der Haushalt 2020 wird einfach fortgesetzt und Corona völlig ausgeblendet. Damit heben wir leider das Grab für die Kultur aus. Hier könnte Corona der Sargnagel sein. Damit das Versprechen des Gemeinderats und des Oberbürgermeisters gilt, dass keine Kultureinrichtung verloren gehen darf, werden wir eine Fortsetzung des Corona-Hilfsfonds beantragen. Denn die Pandemie ist noch lange nicht vorbei. Und wir werden uns als LINKE besonders dafür einsetzen, dass gerade kleinere

Kultureinrichtungen wie der Sau e. V. in der Alten Hackerei, das Tiyatro Dyalog und andere ausreichend finanziell unterstützt werden. Weil in der Stadt der Solidarität Platz für eine vielfältige Kulturlandschaft ist.

Zu dieser Stadt der Solidarität gehört auch, dass alle eine gute Arbeit haben. Deshalb wollen wir städtische Mindesthonorarvergütungen bei Künstler*innen verankern. Gute Arbeit muss auch in der Kultur gelten. Dies gilt übrigens auch für das Staatstheater. Weiterhin wollen wir die Arbeitsförderung weiter ausbauen, genauso wie die Beschäftigten am Städtischen Klinikum besser bezahlen. Vor nicht langer Zeit hat der Gemeinderat ihnen für ihre besonderen Leistungen am Anfang der Corona-Krise applaudiert. Aber Applaus reicht schon lange nicht mehr aus. An dieser Stelle wünsche ich den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die auch heute in Karlsruhe wieder streiken, viel Erfolg beim Arbeitskampf.

In einer Stadt der Solidarität ermöglichen wir ein sozial gerechtes Bildungssystem. Deshalb begrüßen wir die weiteren Schritte zum Ausbau der Kitas in der Stadt. Und besonders wollen wir die neue Finanzierungssystematik für Kitas hervorheben. Damit schaffen wir, dass viele Familien teilweise oder vollständig von den Kitagebühren befreit werden. Dafür haben wir jahrelang als LINKE gekämpft, obwohl wir belächelt wurden. Natürlich machen wir jetzt weiter, nach diesem großen Erfolg. Doch der politische Auftrag endet nicht hier. Wir müssen das gesamte Bildungssystem kostenfrei machen – von der Kita über die Fachschule bis hin zur Uni. Neben dem Erlass von Benutzungsentgelten oder einer ausreichenden IT-Ausstattung gehört auch dazu, dass Schüler*innen ein kostenloses Mittagessen bekommen. Nur mit vollem Magen lernt es sich gut, und nur ein kostenfreies Bildungssystem ist sozial gerecht.

Zu einer Stadt der Solidarität gehört unbedingt eine vielfältige Gesellschaft. Wir müssen dafür sorgen, dass sich alle in dieser Stadt wohlfühlen, unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Sexualität. Deshalb wollen wir nicht nur die Integrationsprojekte dieser Stadt vollständig ausfinanzieren – wie zum Beispiel die bereits erwähnte Flüchtlingshilfe, sondern auch, die Antidiskriminierungsarbeit weiter stärken. Die Beratungsstellen und Unterstützungsstrukturen in dieser Stadt müssen dringend ausgebaut werden, und gleichzeitig wollen wir städtische Antirassismus- und Queer-Beauftragte etablieren. Denn eine ungenügende Finanzierung von Antirassismusbearbeitung ist wie zu spät aufs Klo zu gehen: Dann wird es an den falschen Stellen braun. Hätten wir dort vor Jahren mehr investiert, wäre uns heute die Rede der AfD erspart geblieben.

In einer Stadt der Solidarität leisten die Wohlhabenden einen wesentlichen Anteil an der Finanzierung dieser Stadt. In den Haushaltsreden wurde überall ausgeführt, es sei kein Geld mehr da. Aber in Wahrheit ist das Geld da. Nur liegt es nicht bei den Kommunen, sondern bei den Reichen und Konzernen in diesem Land. Darunter leidet der städtische Haushalt, genauso wie unter den Kostenexplosionen bei den Großprojekten des Grauens. Der Oberbürgermeister hat angekündigt, dass wir Aufgaben auf den Prüfstand stellen. Für die Bürger*innen übersetzt heißt das, dass Kürzungen bevorstehen. Das gab es erstaunlicherweise bereits vor geraumer Zeit in seiner Verantwortung. Und jetzt sind wir wieder an ähnlicher Stelle angelangt. Angesichts der Erfahrungen ohne ich nichts Gutes. Aber wie beim letzten Mal wird es Widerstand von links dagegen geben.

Die Frage der Finanzsituation ist eine der drängenden Fragen, die Sie alle in diesem Haushalt nicht beantworten wollen. Ich mache Ihnen und dem gesamten Gemeinderat einen Vorschlag: Machen wir endlich eine ehrliche Finanzpolitik und gehen an die Steuereinnahmen ran. Ohne

eine Anhebung der Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer werden wir den Haushalt nicht in den Griff kriegen – weder heute noch morgen. Das darf jetzt nicht unterlassen werden, weil eine Oberbürgermeisterwahl ansteht und man sich damit nicht beliebt macht. Denn es ist einfach notwendig für die Einnahmensituation der Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen sich in diesem Haushalt schon entscheiden: Wollen Sie die Zukunft der Stadt gefährden, in dem Sie im Sozialen, bei der Kultur oder dem Klimaschutz sparen und wichtige Investitionen nicht tätigen? Oder sind Sie bereit, Steuern zu erhöhen? Für eins von beiden muss man sich am Ende entscheiden. Insbesondere Grüne, CDU und SPD müssen hier einen Weg finden. Im Haushalt werden Sie über unsere Finanzierungsanträge abstimmen müssen, bis dahin haben Sie Zeit. Und ich bin ganz froh, dass die CDU bei den Finanzen nichts ändern will. Spätestens nach den Großprojekten sollten Sie lieber die Finger davonlassen.

(Unruhe)

Dass wir in so vielen Bereichen nicht den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden, ist natürlich nicht alleine in der Verantwortung des Oberbürgermeisters, sondern auch in der von CDU, GRÜNE und SPD, der Regierungsfractionen der letzten Jahre. Sie haben in den letzten Jahren eine neue olympische Disziplin erfunden: die Disziplin des Ankündigens und Versprechens – vor allem vor und während Wahlkämpfen. Aber wenn es darauf ankommt, Ihre Versprechen und schicken politischen Konzepte in die Tat umzusetzen, fehlt Ihnen bisher oft der Mut oder Sie verweigern schlicht bei den Haushaltsverhandlungen das Geld.

Wir als LINKE treten gemeinsam mit der vielfältigen Zivilgesellschaft dafür ein, genau das zu verändern. Sie, GRÜNE und SPD, haben die Chance, das gemeinsam mit uns zu tun. Zeigen wir den Bürger*innen in dieser Stadt, dass es einen Unterschied macht, wenn es eine Mitte-Links-Mehrheit im Gemeinderat gibt oder die Konservativen regieren. Wir wollen mit Ihnen die Möglichkeit nutzen, gemeinsam die Vision einer sozialen und ökologischen Stadt zu verwirklichen. Und falls Sie nicht dazu bereit sind, können Sie weiterhin eine entschlossene linke Opposition erwarten. Denn wir kämpfen für eine Stadt, in der Platz für alle ist, egal, was sie verdienen, egal, woher sie kommen, egal wie sie leben wollen. Eine Stadt, die diejenigen am stärksten unterstützt, die am meisten Hilfe benötigen. Denn in der Stadt des Rechts gilt nicht das Recht des Stärkeren. Sondern man hilft sich gegenseitig und bildet eine Gemeinschaft. Und wenn wir im kommenden Haushalt die entscheidenden politischen Weichen stellen, können wir Karlsruhe zu dieser Stadt der Solidarität machen, und zwar für alle.

Stadträtin Lorenz (FW | FÜR): Eine kluge Frau hat einmal gesagt: „Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben!“ - Das ist auch der Kern der aktuellen Krise!

In den zurückliegenden Jahren haben wir es ordentlich krachen lassen. Karlsruhe ist als wachsende Stadt - Boomtown - zur zweitgrößten Stadt in Baden-Württemberg aufgestiegen, mit kräftigem Zuzug von außen und prosperierender Wirtschaft. Was lag da näher, als kräftig zu investieren? Kein Bauprojekt schien zu aufwendig, viele Bauten waren sanierungsbedürftig, kein Bauzeitenplan zu lang und der Brandschutz ein wahrer Beschleuniger! Europahalle, Stadthalle, U-Strab, Staatstheater, KSC-Stadion, ich könnte die Liste noch fortsetzen, ich möchte Sie aber nicht langweilen. Kein Objekt ist zu teuer, kein Bauzeitenplan zu lang - German Engineering - wir können alles - außer bauen!

Und so ist es auch nicht verwunderlich, wenn die Bürgerinnen und Bürger immer weniger Vertrauen in die Politik haben und bei jedem geplanten Bauvorhaben eigentlich schon wissen, dass die ihnen präsentierten Zahlen mehr Wunsch als Realität sind und die Bauzeit und die angegebenen Kosten sich im besten Fall verdoppeln, schlimmstenfalls verdreifachen werden. Die Sünden der Vergangenheit holen uns immer mehr ein. Allein die Folgekosten der Kombilösung werden mit jährlich 40 Mio. Euro zu Buche schlagen und das bei einer Verschlechterung der Fahrplanqualität für einige Stadteile. Und ob der Umbau des Staatstheaters mit 500 Mio. Euro plus x noch zu vertreten ist, muss jeder von Ihnen mit seinem Gewissen vereinbaren und vor den Bürgerinnen und Bürgern vertreten.

Mal Hand aufs Herz, würden Sie persönlich für sich selbst auch so handeln? Würden Sie Ihr Haus sanieren, anbauen und umbauen, mit dem Wissen, dass Ihre Kinder und Enkelkinder noch die Zeche dafür zahlen müssen, weil Sie schlecht geplant haben? Wohl kaum! Dass Schulden nichts Schlimmes sind, solange sie getilgt werden können, weiß jeder Kaufmann. Generationsgerecht ist dies allerdings nur dann, wenn es mittelfristig möglich ist, über den Kapitaldienst die Zinsen und Tilgung der Darlehen zu leisten. Wenn dies nicht mehr gesichert ist, dann müssen wir auch den Mut haben, ein Projekt zu stoppen oder gar nicht erst zu starten.

Die Voraussetzung für einen positiven Ergebnishaushalt ist immer, dass wir die Folgekosten der Investitionen im Auge behalten und dass die konjunkturabhängigen Steuereinnahmen - das sind immerhin 80 % der gesamten Steuereinnahmen - nicht wegbrechen. In den vergangenen acht Jahren der konjunkturellen Hochphase, mit den höchsten Steuereinnahmen, welche die Stadt je hatte, ist die Verschuldung von 537 Euro pro Einwohner in 2011 bereits auf 870 Euro in 2020 angestiegen, obwohl Steuern und Gebühren in dieser Zeit erhöht wurden! Und die Prokopfsverschuldung droht auf über 3.800 Euro in den kommenden vier Jahren anzusteigen, wenn wir nicht massiv gegensteuern.

In diesem Jahr kam, was niemand für möglich gehalten hätte, ein Lockdown, dessen wirtschaftliche Folgen uns in voller Wucht erst 2021/22 treffen werden. Die beiden Stellschrauben, die wir haben, sind Erhöhung der Einnahmen und/oder Kosteneinsparungen. Die Gewerbesteuer-einnahmen sollten vor allem durch eine höhere Anzahl von Betrieben steigen. Denn beim Gewerbesteuerhebesatz spielt Karlsruhe bereits in der oberen Liga. Mit einer weiteren Erhöhung der Steuer werden wir den gegenteiligen Effekt erzielen: Wirtschaftsunternehmen wandern ab und suchen sich attraktivere Standorte, an denen sie weniger Steuern bezahlen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Freien Wähler|FÜR Karlsruhe lehnen eine Erhöhung der Gewerbesteuern in Zeiten der kollabierenden Wirtschaft strikt ab. Je attraktiver die Standortbedingungen vor Ort sind, um so attraktiver ist es für Unternehmen sich anzusiedeln. Mittelständische Unternehmen, Dienstleister, Handwerks- und Industriebetriebe, verbunden mit einer kreativen Wirtschaftsförderung, erhalten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das sind nicht nur Voraussetzungen für die Fachkräfte von morgen, sondern auch für Standortsicherung und Sicherung unserer kommunalen Steuereinnahmen und unseres Wohlstandes.

Dazu brauchen wir unbürokratische Verfahren und ein gutes Standortmarketing. Die Stadt wird vor Ort gestaltet und für weitere Ansiedlungen reicht die Nutzung vorhandener Flächen alleine nicht aus. Die Schaffung von Flächen für kleinere Gewerbe- und Mischgebiete, in denen sich mittelständische Unternehmen ansiedeln können, darf kein Tabu sein.

Bezahlbarer Wohnraum dringend gesucht. Nachverdichtung mutiert zum Unwort. Natürlich bringt jeder Einwohner mehr der Kommune mehr Geld; und wenn wir zweitgrößte Stadt bleiben wollen, dann müssen wir nachverdichten. Müssen wir? Muss eine Stadt um jeden Preis wachsen? Die Auswirkungen des Klimawandels und der Ereignisse um Covid 19 zeigen uns Grenzen auf, Grenzen die wir ernst nehmen müssen! Nicht jeder letzte innerstädtische grüne Fleck muss bebaut werden und nicht auf jedem Garagenhof muss zwangsläufig ein Hochhaus entstehen. Unsere Fraktion setzt sich für eine Nachverdichtung mit Augenmaß ein und nicht für Wohnsilos um jeden Preis. Wir müssen uns in Zukunft Gedanken machen, wie wir die Grünoasen unserer Stadt erhalten, ausweiten und bewässern können und wie wir genügend Freiräume lassen, um Abstand halten zu können. Genügend Freiräume sind auch erforderlich für den Ausbau von Fahrradwegen und überdachten Abstellplätzen, wenn wir tatsächlich Fahrradstadt sind bzw. bleiben wollen.

Rund 3.700 Normen sind in Deutschland für das Bauen relevant. Sie sind es, die neben der gestiegenen Baukonjunktur die Kosten in die Höhe treiben. Wie definiert sich überhaupt bezahlbarer Wohnraum? Gemeint ist doch wohl Wohnraum für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit geringem Einkommen, welche sich am Markt nicht aus eigener Kraft angemessen mit Wohnraum versorgen können. Die Volkswohnung leistet hier viel und wird zukünftig noch mehr leisten müssen. Daher werden wir dem Abschöpfen von Kapital aus der städtischen Wohnungsbaugesellschaft nicht zustimmen.

Der Wandel in der Gesellschaft verschärft die Wohnraumknappheit auf lange Sicht weiter, denn die Zahl der Singlehaushalte nicht nur bei den Senioren, sondern gerade bei jungen Menschen wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Daher sehen wir Freien Wähler|FÜR Karlsruhe großen Bedarf an innovativen, integrativen Wohnraummodellen für Jung und Alt, sowie für Mehrgenerations-Quartiere, die konsequent weitergedacht, ausgebaut und angeboten werden müssen.

Nicht nur unsere Stadt befindet sich nach mehr als 10 Jahren Stadtumbau an einem historischen Wendepunkt. Innenstädte werden in der Zukunft allgemein anders genutzt werden und andere Bedeutungen haben. Vorzugsweise werden sie Raum für soziale Kontakte und nicht mehr vordergründig ein Ort zum Einkaufen sein! Allerdings haben andere Städte ihre Hausaufgaben in der Zwischenzeit gemacht und ihre Innenstädte aufgehübscht, während es in Karlsruhe an ganz banalen Dingen wie Sitzgelegenheiten und Mülleimern gefehlt hat und noch immer fehlt. Die Erstellung eines Gutachtens reicht alleine nicht zur Verbesserung aus, es müssen Maßnahmen umgesetzt werden und zwar sofort, sonst nützen alle die teuer erworbenen Ratschläge nichts!

Hier ist es bereits 10 nach 12! Und auch die vielgepriesene „Countdown-Strategie“ ist in der Ablage „P“ verschwunden! Die Neugestaltung des Marktplatzes mit den vor allem bei kleinen Karlsruherinnen und Karlsruhern beliebten Wasserspielen lässt bereits erahnen, worauf es zukünftig bei urbanem Leben ankommt. Deshalb sind zunächst einmal Umdenken und Gas geben nötig. Wir können nicht die nächsten 15 Jahre mit einer Flickenteppichlösung in der Innenstadt leben.

Unsere Fraktion wird neben einer deutlichen Aufforstung überhaupt, jeden möglichen Standort für eine Baumpflanzung auf dem Marktplatz unterstützen und die Gestaltung der Innenstadt in

eine attraktive, den klimatischen Herausforderungen angepasste Fußgängerzone einfordern, mit mehr Grün und mehr Wasser.

Karlsruhe bleibt nur attraktiv, wenn sich die Menschen dort sicher fühlen. Dazu muss nicht nur die objektive Sicherheitslage auf einem guten Niveau bleiben, sondern auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung muss in allen Stadtteilen gewährleistet sein. Neben dem Schulterschluss von Stadtverwaltung, Polizei und kommunalem Ordnungsdienst fordern wir die temporäre Einrichtung von KOD-Stationen an den bekannten Hotspots und tragfähige Sicherheitskonzepte.

Familien und junge Menschen sorgen für Wachstum und Wohlstand und stehen für Zukunft. Daher ist jede Investition in Bildung und in unsere Bildungseinrichtungen eine Investition in unsere Zukunft. Der großen „Tränenliste“ im Bereich der Schulsanierungen können wir nicht zustimmen! In vielen Bereichen, die uns lieb geworden sind, werden wir sicherlich in den nächsten Jahren große Einschnitte haben. Die überfälligen Sanierungen an unseren Karlsruher Schulen zurückzustellen, ist der absolut falsche Weg. Diesen werden wir nicht mitgehen.

In vielen Bereichen unserer Stadtgesellschaft, wie zum Beispiel der Integration, im sozialen Bereich, Kultur oder Sport, sind die Karlsruherinnen und Karlsruher ehrenamtlich engagiert. Ohne das Ehrenamt wäre vieles in unserer Stadt nicht möglich und nicht so lebendig. Wir Freien Wähler|FÜR Karlsruhe würdigen das Engagement ausdrücklich und bedanken uns bei allen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Unterstützung das ganze Jahr über und den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für die wertschätzende Atmosphäre. Wir freuen uns auf eine zielführende Beratung zum Wohle unserer Stadt.

Der Vorsitzende: Wir unterbrechen. Ich würde vorschlagen, dass wir etwas verkürzen und uns 19:05 Uhr hier wieder treffen und die Sitzung fortsetzen.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:38 bis 19:05 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. November 2020